Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. [illegible]

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 94. Montag, den 23. April 1917. 24. Jahrg.

Die Preisbestimmung für die künftige Ernte.

Von Robert Schmidt.

Die Festsetzung der Preise für die Erzeugnisse der nächsten Ernte ist in diesem Jahre zeitiger als in den Vorjahren üblich war durch Bundesratsverordnung bekanntgegeben. Damit ist vorläufig der Kampf der landwirtschaftlichen Interessenkreise um das Maß ihrer Ansprüche zum Abschluß gekommen, und vom Standpunkt der Konsumenten wäre zu prüfen, welche neuen Anforderungen ihnen zur Last fallen, oder ob Erleichterungen für den Haushalt eintreten. Unsere Höchstpreispolitik ist fortgesetzt einer strengen Kritik ausgesetzt; während von den Konsumenten über zu hohe Preise geklagt wird, macht man von anderer Seite geltend, daß hohe Preise allein die Versorgung sicherstellen, ja man behauptet sogar, ohne Höchstpreise wäre die gegenwärtige Not gar nicht vorhanden. Leider können wir auf dem Gebiet nicht experimentieren, um den Anhängern dieser volkswirtschaftlichen Weisheit den Nachweis zu führen, in wie große Gefahr unsere Nahrungsmittelversorgung gelangen muß, wenn wir den uneingeschränkten Handel und Verkehr wieder herstellen. Das beste Beispiel, daß unsere Maßnahmen in ihrer Grundtendenz richtig sind, gibt uns das Ausland, denn auch dort werden Höchstpreise, Beschlagnahme und Rationierung immer mehr in Anwendung gebracht, das deutsche Beispiel wird nahezu restlos nachgeahmt. Und sehen wir uns die Preise für die Produkte an, die gegenwärtig ohne Preisfestsetzung gehandelt werden, so bekommen wir einen Begriff, was uns bevorstünde, wenn Erzeuger und Handel frei schalten und walten könnten.

Unsere Höchstpreise sind kein Idealzustand, sie sind aus dem Zwang entstanden, sie lehnen sich viel zu sehr an die Marktlage an, da man leider mit der Einführung der Höchstpreise erst dann einsetzte, als sich ergab, daß die Preistreiberei zu wüsten Ausschreitungen überging. Der Höchstpreis ist dann dem Marktpreis angepaßt und ging damit weit über die berechtigten Ansprüche hinaus.

Wir erhielten für die einzelnen Produkte Preise, die in keinem richtigen Verhältnis zueinander standen. In sehr eingehenden Verhandlungen im Kriegsernährungsamt und im Ausschuß des Reichstages ist über einen Ausgleich der Preise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse verhandelt und schließlich ein Ergebnis gezeitigt worden, das nicht ganz den agrarischen Wünschen entspricht, aber auch den Konsumenten nicht voll befriedigen wird.

In der Bundesratsverordnung vom 19. März ds. Js. sind die Preise, die der Landwirt für alle Getreidearten, Oelfrüchte, Kohlrüben, Futterrüben und Schlachtvieh zu beanspruchen hat, bestimmt. Man hat bei den Oelfrüchten die Preise, die bereits sehr hoch standen, abermals um 5—8 Mk. den Zentner erhöht, um — wie es heißt — den Anreiz zum Anbau zu fördern, da man sich im Kriegsernährungsamt nur auf diese Weise einen Erfolg verspricht. Aus den gleichen Gründen hat man den Preis der Zuckerrüben, der in Friedenszeiten zwischen 80 Pfg. bis 1,10 Mk. schwankte auf 2,50 Mk. hinaufgesetzt.

Das Mittel, durch hohe Preise die Produktion anzureizen, hat seine sehr bedenklichen Seiten, denn es führt später zu dem Verlangen eines Preisausgleichs für die ungünstiger gestellten Erzeugnisse. Nicht alle Landwirte sind in der Lage den Anbau im Preise günstig gestellter Produkte zu betreiben, ihnen gilt aber als Maßstab ihrer Forderungen die hohe Preislage bevorzugter Erzeugnisse, nach denen sie die Preisregulierung wieder von unten auf durchsetzen wollen; oder es kann auch die Wirkung erzielt werden, daß der Anbau anderer wichtiger Nahrungsmittel zurückgestellt wird. Deshalb wird auch die Forderung eines Anbauzwanges immer dringender, denn die Landwirtschaft muß ihre Produktion nach den Bedürfnissen des Volkes einrichten, nicht aber dem Gutdünken des einzelnen überlassen. Diese Freiheit des Handelns konnten wir uns leisten, als die Zufuhr vom Ausland sich frei nach dem Bedarf des Marktes richtete, gegenwärtig haben wir danach zu fragen: wie decken wir den dringendsten Bedarf, welche Einteilung ist dafür nötig.

Eine sehr bedenkliche Erscheinung macht sich bereits in diesem Jahre im Kartoffelanbau bemerkbar. Uebereinstimmend kommen aus dem Lande die Mitteilungen, daß der Kartoffelanbau geringer wird, weil vielen Landwirten der Preis für Kartoffeln nicht genügt. Das geschieht, obwohl der Zentner Kartoffeln der künftigen Ernte bis auf 6 Mk. hinaufgesetzt ist. Ein Aufschlag gegen Friedenszeiten um über 100 Prozent. Die Kartoffel ist für die Volksernährung so wichtig, daß die Tendenz, den Anbau ohne Not einzuschränken, unterbunden werden muß.

Die Getreidepreise sind für Roggen um 2,50 Mk., für Weizen um 2 Mk. pro Zentner erhöht; Gerste und Hafer sind auf die Preislage des Roggens gesetzt. Das bedeutet für Gerste und Hafer gegen die Preise zu Beginn der Ernte 1916 eine Herabsetzung um 1,50 Mk. Die Roggenpreise kommen mit 13,50 Mk. pro Zentner an die Preise im Ausland heran, da in Petersburg Roggen mit 12,50 Mk., in Stockholm mit 12,85 Mk., in Paris mit 12,20 Mk. notiert wird. Der inländische Weizenpreis beträgt in London 13,37 Mk., in Paris 13,34 Mk., in Rom 14,58 Mk., in Bern 24,68 Mk., in Petersburg 13,75 Mk., in Wien 14,50 Mk., in Budapest 15,77 Mk., in Kopenhagen 14,25 Mk. und in Stockholm 13,50 Mk.; allerdings erreicht der vom Ausland eingeführte Weizen den Preis von 25 Mk. und darüber, während wir gegenwärtig mit einem Preis von 13 Mk. und bei der künftigen Ernte mit 14 Mk. zu rechnen haben. Entsprechend diesen Getreidepreisen ist der Brotpreis in London 28 Pfg. pro Pfund, in Paris 21 Pfg., in Rom 23 Pfg., in Bern 25½ Pfg., in Kopenhagen 12 Pfg. für Roggenbrot und 33 Pfg. für Weizenbrot, in Stockholm 36 Pfg. für Roggenbrot, 40 Pfg. für Weizenbrot, in Moskau 18 Pfg. für Roggenbrot und 42 Pfg. für Feinbrot, während in Berlin für Roggenbrot 21 Pfg. und für Weizenbrot 23 Pfg. gezahlt wird. Die Preise in Rom und Paris sind nur deshalb so niedrig gehalten, weil die Differenz im Preise zwischen Inlands- und Auslandsgetreide aus Staatsmitteln gedeckt wird. Der Brotpreis steht mithin in Deutschland in keinem ungünstigen Verhältnis zum Auslandspreis; es machen sich ohne Ausnahme die Tendenzen gesteigerter Produktionskosten und durch die Beengung des Marktes Preisaufwärtsbewegungen bemerkbar, die auch in den Höchstpreisen zum Ausdruck kommen.

Sehr viel ungünstiger stehen unsere Vieh- und Fleischpreise zu den im Ausland angegebenen; wir haben die höchsten Preise, abgesehen von der Preisermäßigung, die jetzt für die Fleischzulage gewährt wird. Die hohen Viehpreise haben leider dazu beigetragen, unserer Lebensmittelversorgung nicht unerhebliche Schwierigkeiten zu bereiten. Das Verfüttern von Getreide und Kartoffeln gestaltete sich bei der Viehaufzucht so vorteilhaft, daß die Bestände, die für die menschliche Ernährung vorgesehen waren, bedenklich zusammengeschrumpft sind.

Auf dieses Mißverhältnis ist sehr frühzeitig von den sozialdemokratischen Vertretern im Kriegsernährungsamt hingewiesen worden, ohne daß von den verantwortlichen Stellen die notwendigen Maßnahmen ergriffen wurden. Erst als die ungünstigen Ergebnisse der Bestandsaufnahme über das Brotgetreide vorlagen, schritt man zu einer größeren Viehabschlachtung und einer Herabsetzung der Viehpreise. Jetzt hat die Maßnahme das Ueble, daß die Brotration herabgesetzt wurde, während die Herabsetzung der Viehpreise im vorigen Jahre uns vor dieser unangenehmen Situation bewahrt hätte. Vom 1. Mai ab sollen nunmehr für Schweine, die beim Lebendgewicht bis 100 Kilogramm unter einem Höchstpreis von 63 bis 110 Mk. standen, auf 53 bis 80 Mk. herabgesetzt werden. Desgleichen sind die Preise für Rindvieh, die je nach der Klasse zwischen 70 bis 105 Mark pro Zentner sich bewegten, auf 60 bis 90 Mk. gesenkt worden. Diese Aenderung tritt aber erst am 1. Juli in Kraft. Wir werden also in den nächsten Monaten mit einem Herabgehen der Fleischpreise zu rechnen haben. Die Zurücksetzung im Preise erfolgte trotz des Widerspruchs des Bundes der Landwirte und des deutschen Landwirtschaftsrates, allerdings haben auch umsichtige Landwirte selbst zugegeben, daß die hohen Viehpreise unhaltbar sind.

Nehmen wir zu diesen Preisfestsetzungen noch die für Obst und Gemüse hinzu, die vielfach unter den Marktpreisen bleiben, die im Vorjahre den berechtigten Unwillen aller Konsumenten hervorriefen, so hat der Landwirt eine sichere Basis für seine Wirtschaft und dürfen wohl dann erwarten, daß die Menschen künftig nicht mehr so reichlich mit Viehfutter und das Vieh mit Brotgetreide bedacht werden. Und wenn dann die energischen Kontrollen, die auf dem Lande jetzt durchgeführt werden, früher einsetzen, dann werden wir auch vor den bitteren Enttäuschungen bewahrt bleiben, die gegenwärtig eine so berechtigte Aufregung hervorgerufen haben.

Die Friedensbewegung.

Ueber den Plan einer internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm bringt die bürgerliche Presse täglich lange Sensationstelegramme ihrer skandinavischen Korrespondenten. Diese Meldungen eilen den Tatsachen voraus und bringen fast durchweg falsche Details.

Ueber die Absichten des Exekutivkomitees des Internationalen Sozialistischen Bureaus meldet ein Telegramm aus Amsterdam:

„Die holländischen Mitglieder des Exekutivkomitees reisen auf eigene Verantwortung nach Stockholm, um dort die Vorbereitungen für eine Internationale Sozialistenkonferenz zu treffen. Sie konnten sich vorher mit den belgischen Mitgliedern des Komitees, die sich in okkupiertem Gebiet befinden, nicht verständigen. Die Zustimmung Vanderveldes, der noch immer auf französischem Boden als belgischer Staatsminister tätig ist, konnte gleichfalls nicht eingeholt werden. Auch die französischen und englischen Mitglieder des Bureaus konnten von der Absicht des Exekutivkomitees nicht vorher verständigt werden. Die Mehrheit der französischen und der englischen Sozialisten hat nach dem Siege der russischen Revolution noch nicht auf den „Krieg bis zum Ende" verzichtet. Die holländische Delegation glaubte die Initiative zur Vorbereitung einer internationalen Sozialistenkonferenz jetzt unverzüglich ergreifen zu müssen, weil von verschiedenen Sozialistenparteien Versuche gemacht wurden, in direkte Fühlung mit den russischen Sozialisten zu kommen. Nach der Antwort Kerenskis auf Guesdes Telegramm hält das Exekutivkomitee die Vorbedingungen für eine Annäherung gegeben. Die holländischen Mitglieder des Komitees gehen nicht nach Schweden in der Absicht, einen Sonderfrieden zu bewirken. Das Zustandekommen eines Sonderfriedens könnte nur annehmbar sein, wenn er das durch die Umstände gebotene Mittel zu einem allgemeinen Frieden wäre. Ein Sonderfrieden, der die europäischen Gegensätze verewigen würde, wäre verwerflich. Es ist anzunehmen, daß auch die russischen Revolutionäre nicht für eine Abrüstung zu haben sind, solange nicht der Friedenszustand da ist. Die holländische Delegation ist der Auffassung, daß eine internationale Sozialistenkonferenz ohne die Minderheitsparteien der einzelnen Länder nicht abgehalten werden sollte. Sie hält im übrigen eine erfolgreiche internationale Sozialistenkonferenz für möglich, da das psychologische Moment für sie gekommen zu sein scheine.

Nach Auffassung der holländischen Delegation würde auf einer Konferenz (über deren Tagesordnung übrigens noch nichts bestimmt ist), voraussichtlich auch über das Verhältnis der einzelnen sozialistischen Parteien zu ihren Regierungen, über das Nationalitätenproblem und über die Schuldfrage gesprochen werden. Bei Behandlung dieser Frage sei jedoch Mäßigung nötig, da eine Konferenz, welche sich in Rekriminationen über geschehene Dinge verlöre, die Internationale nicht wiederbeleben, sondern zur Ohnmacht verdammen würde."

Das letztere ist auch unsere Auffassung; jetzt kann es sich nur darum handeln, daß die Konferenz Mittel und Wege findet, die zum baldigen Ende des entsetzlichen Völkermordens führen. Ueber die Schuldfrage mag man sich, wenn man es für nötig hält, nach dem Kriege unterhalten. Jetzt erfordert der Ernst der Zeit ernste, der Gegenwart dienende Maßnahmen.

Auch Bulgarien hat nunmehr an Rußland eine Antwort auf die Erklärung der provisorischen Regierung gegeben, die ebenso mit erfreulicher Offenheit erklärt, daß **Bulgarien bereit ist, jeden Schritt zu unterstützen, der den Frieden zu sichern vermag.** Der Bedeutung wegen lassen wir die Antwort im Wortlaut folgen:

„Das bulgarische Volk und seine Regierung begrüßen mit lebhafter Freude die Geburt des neuen Rußland, das die errungene Freiheit sich zu sichern und sich der Arbeit für das Wohl seiner freien Völker zu widmen wünscht. Und so ist denn auch die Erklärung vom 10. April, die seine provisorische Regierung durch die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlichen ließ, mit Sympathie aufgenommen und als ein Zeichen der Neuorientierung der russischen Kriegspolitik gewürdigt worden, die nunmehr jede Gelüste nach Eroberung fremder Gebiete und nach Unterdrückung anderer Völker zurückweist. Als Antwort auf die Erklärung der provisorischen russischen Regierung haben Oesterreich-Ungarn und Deutschland bereits kundgetan, daß die Verbündeten weder den Wunsch noch Interesse daran haben, daß das russische Volk aus diesem Kriege erniedrigt oder in seinen Lebensbedingungen erschüttert hervorgehe. Diese Mächte wollen weder die Ehre noch die Entwicklungsfreiheit des russischen Volkes beeinträchtigen. Sie wünschen im Gegenteil, mit ihrem Jahrhunderte alten Nachbarn in Eintracht und Freundschaft zu leben und denken nicht daran, sich in seine inneren Angelegenheiten zu mengen. Was Bulgarien anbelangt, so wissen die gegenwärtigen leitenden Männer Rußlands sehr wohl, daß das neue Rußland von dieser Seite für seine Freiheiten nichts zu fürchten hat. Bulgarien erklärte nicht dem russischen Volke den Krieg. Es hat ihn über sich ergehen lassen müssen, weil es wagte, seine seinerzeit von den besten Vertretern der liberalen Intelligenz Rußlands anerkannten und und mit dem Blute seiner eignen Söhne tapfer verteidigten politischen und nationalen Rechte gegen den Willen des allmächtigen früheren russischen Regimes zu verteidigen und zu beanspruchen. Es ist ein Ehrentitel für Bulgarien und auch das Verdienst seiner Regierungen, daß sie immer den verbannten Vorkämpfern der russischen Freiheit die zuvorkommendste Gastfreundschaft gewährten. Deswegen ist Bul-

klärten bereit, jeden Schritt zu unterstützen, der den Frieden zu sichern vermag. Aber es ist nicht weniger fest dazu entschlossen, im Einvernehmen mit den Verbündeten den Kampf bis zum Ende fortzuführen, das ihm die vollständige Einigung seiner eigenen Nationen sichern soll.“

Die „Prawda“ fordert die russische Regierung energisch auf, sie solle den zweiten Schritt für den Friedensschluß unternehmen. Damit die Erklärung der provisorischen Regierung nicht ein Papierausspruch bleibe, müsse die revolutionäre Demokratie, besonders die Arbeiterklasse, fordern, daß die Regierung offen sich bereit erkläre, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Reuter meldet aus Petersburg: Das Komitee der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten gab endgültig bekannt, daß es die Idee eines Sonderfriedens zurückweise.

Laut „Corriere della Sera“ wird sich eine Abordnung italienischer Interventions-Sozialisten nach Petersburg begeben, um mit den russischen Interventions-Sozialisten zu konferieren.

Vom Tage.

An einzelnen Abschnitten der Westfront tobt der Kampf mit unverminderter Heftigkeit fort. Der Kampf hat ein wesentlich anderes Gepräge dadurch bekommen, daß er nicht mehr das Bild einer einheitlichen nach einem großen strategischen Gesichtspunkte geleiteten Schlacht bietet. Vielmehr löste sich die Schlacht in heftige, vereinzelte Kampfhandlungen auf, die auf rein örtliche Erfolge hinzielen, ohne diese jedoch zu erreichen.

An der Sinai-Front erzielten die Türken bei Gaza einen Sieg über die Engländer. Letztere ziehen sich jetzt zurück.

*

Die Londoner Zeitungen vom 16. und 17. April widmen durchweg mehrere Spalten der immer drohender werdenden Ernährungsfrage. Einen hervorragenden Platz nimmt am Sonnabend die Rede des General-Nahrungsmitteldirektors Kennedy Jones im Finsburypark ein, worin er sagte: Ich erkläre Ihnen offen, daß wir uns bezüglich des Brotgetreides zweifellos einer bedenklichen Lage gegenübersehen. Wir sind nicht in greifbarer Nähe des Verhungerns, aber die Vorräte sind gering. Das Tauchboot ist mehr als eine Drohung, ist eine schwere tatsächliche Gefahr. Die Knappheit des Schiffsraumes, das teilweise Mißraten der Weltweizenernte und die Verheerungen des scheußlichen Tauchbootes riefen zusammen eine Knappheit an Weizen und Mehl hervor, die uns, falls das Volk sich nicht entschlossen und vernünftig damit abfindet, an den Rand des Verderbens bringen.

Solche Reden haben nur den Zweck, das englische Volk auf den Ernst der Situation hinzuweisen und drohenden Mißstimmungen vorzubeugen.

*

Am Mittwoch berieten französische, englische und italienische Abordnungen mit Wilson über die Form des Zusammenwirkens Amerikas mit den Alliierten.

*

Der frühere Gesandte Gerard befürwortete in einer Versammlung der Postbeamten in Newyork die Einführung der Wehrpflicht. Er sagte, die Deutschen würden weder unterliegen infolge einer inneren Revolution noch wegen Mangels an Lebensmitteln. Die Deutschen könnten durchhalten, bis der neue Roggen geerntet werden könne. Die Deutschen gehörten einer Menschenrasse an, die auf eine harte Probe gestellt werden könnten. Eine deutsche Revolution sei unmöglich. — Bei dieser Einsicht eines Kenners der Verhältnisse ist es nicht zu verstehen, warum Gerard denn nicht mit allen Mitteln gegen den Krieg Amerikas mit Deutschland protestierte. Oder glaubt er vielleicht noch, daß es gelingen wird, Deutschland militärisch auf die Knie zu zwingen?

*

Das portugiesische Kabinett ist zurückgetreten, nachdem die Kammer mit 57 gegen 21 Stimmen die Verordnung, die die Einsetzung eines nationalen Wirtschaftsrats vorsieht, für nichtig erklärt hatte.

*

Das norwegische Storthing hat eine Geheimsitzung abgehalten. Als Resultat derselben ist zu buchen: Das Verbleiben der Minister in ihrem Amt und Beibehaltung der strikten Neutralität.

*

Auf dem diesjährigen Kongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands sagte Jowett laut „Manchester Guardian“ u. a. das Folgende:

„Amerika erklärte, es verfolge keinen selbstsüchtigen Zweck, es wünsche keine Eroberungen und keine Kolonien, es sage keine materiellen Entschädigungen für die Opfer, die es gerne bringen werde. Die Entente beabsichtigt dagegen nicht eine solche Erklärung abzugeben. Dabei geht der Krieg weiter, nicht etwa für Belgien oder für Frankreich, auch nicht etwa für ein freies Polen oder die Lösung der elsaß-lothringischen Frage, sondern lediglich um die deutschen Kolonien in Afrika zu erwerben und um Oesterreich-Ungarn und die Türkei zu zerstückeln, damit die Entente auf Kosten dieser Staaten Eroberungen machen kann.“

*

Liberale Abgeordnete regten kürzlich im englischen Unterhause die Frage an, ob die Regierung auch die Zusicherung geben könne, daß das Militärdienstpflichtgesetz in England nach dem Kriege wieder aufgehoben werde. Minister Chamberlain antwortete in der Debatte, daß ein vollständiges Aufgeben nicht zu erwarten sei. England brauche nach dem Kriege allein in Britisch-Indien eine ständige Armee von etwa 70—80 000 Mann, die größtenteils aus europäischen Truppen bestehen müsse. Mit dem früheren Freiwilligensystem sei diese nicht zu schaffen, und man habe mindestens zehn Jahre mit einer solchen Armee in Indien zu rechnen. Lord Derby bestätigte, daß diese Maßnahme nicht allein auf Indien beschränkt bleibe, doch glaube er, daß England mit etwa ½ Millionen Mann auskommen könne. Die englische Industrie ist ein starker Gegner dieser Bestrebungen, weil sie [illegible] unter Arbeitermangel der [illegible] Erweiterungen nach dem Kriege nicht entsprechen zu können.

Was die Gegner der allgemeinen Wehrpflicht [illegible] hatten, tritt ein. England wird diese Einrichtung nicht wieder los und tritt damit in den Kreis der Militärstaaten ein. Und das war wohl auch mit ein Zweck des Krieges!

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 22. April (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An mehreren Stellen der flandrischen und Artoisfront nahm gestern der Artilleriekampf an Stärke und Ausdehnung zu; nördlich der Scarpe steigerte er sich zeitweilig zu äußerster Heftigkeit. Truppenbewegungen vor unseren Linien wurden unter Vernichtungsfeuer genommen; ein starker englischer Erkundungsvorstoß auf dem Norduser des Baches wurde durch Gegenangriff zurückgeworfen.

An der englischen Front nordwestlich von St. Quentin vormittags kleine Gefechte; südlich der Somme nur Artillerietätigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisne und der Champagne blieb fast durchweg die Kampftätigkeit bis zum Abend gering.

Bei Berry au Bac sprengten unsere Sturmtrupps ein französisches Blockhaus mit Besatzung. Bei Bray, Hurtebise Fe, an der Straße Reims-Neufchatele, nördlich von Prosnes und auf dem Westufer der Suippes Gefechte, die für den Feind verlustreich endeten.

Südlich von Ripont wurde ein französischer Vorstoß abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die Lage ist unverändert.

*

Die Gegner verloren im Luftkampf gestern 6 Flugzeuge, von denen 5 durch die Jagdstaffel des Rittmeisters Freiherrn v. Richthofen abgeschossen wurden.

Marineflieger brachten über Nieuport ein feindliches Luftschiff zum brennenden Absturz in See.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Auflebende Gefechtstätigkeit südwestlich des Doiran-Sees.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

*

WTB. Berlin, 22. April, abends (Amtlich.)

Heftiger Feuerkampf in einzelnen Abschnitten der Arras-Front. Infanteriegefecht bei Loos im Gange.

An der Aisne und in der Champagne war der Tag bisher meist ruhig, nur östlich Soissons lebhaftes Feuer.

Vom Osten nichts Neues.

*

Wien, 21. April. (Amtlich.)

Oestlicher und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Gefechtstätigkeit erhöhte sich auch gestern nicht über das gewöhnliche Maß, doch setzte der Feind an der küstenländischen Front beträchtliche Luftstreitkräfte zur Aufklärung unserer Stellungen und der Räume dahinter ein.

Die feindlichen Flieger warfen auf mehrere Orte hinter unserer Front Bomben ab. Bei Laghi, nordwestlich von Arsiero, drangen nach kurzer Artillerievorbereitung Abteilungen des Infanterie-Regiments Nr. 14 in die feindlichen Stellungen ein und brachten von dort einen Offizier und 30 Mann als Gefangene zurück.

Ereignisse zur See.

Im Anschluß an einen feindlichen Luftangriff auf die Umgebung von Triest, der keinen nennenswerten Schaden brachte, belegte am 20. d. Mts. vor Tagesanbruch eine Gruppe unserer Seeflugzeuge die militärischen Anlagen von San Canziano mit Bomben und erzielte mehrere Treffer, die auch einen großen Brand hervorriefen. Alle Flugzeuge sind unversehrt eingerückt.

*

Wien, 22. April. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An zahlreichen Stellen der Front lebhafte Artillerie- und Minenkämpfe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der küstenländischen Front herrschte auch gestern überaus rege feindliche Fliegertätigkeit.

Im Gebiet der Drei Zinnen drangen Landsturmabteilungen in eine feindliche Stellung nächst der Drei-Zinnen-Hütte ein, nahmen 1 Offizier und 75 Mann gefangen und erbeuteten 2 Maschinengewehre. Sonst hielt sich die Gefechtstätigkeit in den üblichen Grenzen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Frankreich und Belgien.

Die feindlichen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 20. April. Zwischen St. Quentin und der Oise starke Tätigkeit der beiden Artillerien, besonders in der Gegend nördlich Gengies. Der Tag verlief ruhig südlich der Oise. Nördlich der Aisne machen unsere den Feind beunruhigenden Truppen weiter Fortschritte in Richtung auf Chemin des Dames. Wir besetzten das Dorf Sancy. Gegen 5 Uhr abends machten die Deutschen nach sehr heftiger Artillerievorbereitung in Gegend Alles Hurtebise einen Angriff mit starken Kräften, der durch Geschütz- und Maschinengewehrfeuer gebrochen, vollkommen abgeschlagen wurde. Der Artilleriekampf geht in dieser Gegend sehr lebhaft weiter. In der Champagne nahmen wir trotz des erbitterten Widerstandes des Feindes mehrere wichtige Stützpunkte am Mont von Moronvillers. Seit dem 16. April machten wir zwischen Soissons und Auberive über 19000 Gefangene. Die Zahl der zur gleichen Zeit erbeuteten und gegenwärtig gezählten Geschütze übersteigt hundert. In den Argonnen drangen unsere Abteilungen nach lebhaftem Kampfe bis in den zweiten feindlichen Schützengraben vor. Sie fanden dort zahlreiche Leichen. — Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Englischer Bericht vom 21. April. Der Feind versuchte erfolglos Gavrelle zurückzuerobern. Er wurde zurückgeschlagen und ließ viele Tote auf dem Schlachtfelde. Wir gewannen Boden östlich von Hargicourt. Südwestlich von Lens waren wir dank des besseren Wetters in der Luft erfolgreich tätig. Ein feindliches Flugzeug wurde abgeschossen und zwei von den unseren werden vermißt.

*

Der neue Generalgouverneur von Belgien.

Dem „Hannoverschen Kurier“ zufolge ist als Nachfolger des verstorbenen Generalobersten v. Bissing der Generaloberst v. Falkenhausen zum Generalgouverneur von Belgien ernannt worden.

Rußland.

Ein provisorisches Wahlgesetz in Rußland.

„Algemeen Handelsblad“ meldet aus Petersburg: Das Ministerium des Innern arbeitet ein provisorisches Wahlgesetz zur sofortigen Demokratisierung des Komitees der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten aus, das binnen kurzem in Kraft treten und solange gelten soll, bis die konstituierende Versammlung über das neue Wahlrecht Beschluß gefaßt hat. Das provisorische Wahlgesetz gibt allen Personen, die das 21. Lebensjahr vollendeten, ohne **Unterschied der Nationalität,** des Geschlechts und Vermögens **das Wahlrecht und verlangt nur, daß** die Wahlberechtigten mindestens drei Monate in ihrem Bezirke ansässig waren.

*

Die Hinderung der Heimkehr kriegsfeindlicher russischer Flüchtlinge.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Zu den Gerüchten über die Schwierigkeiten, die die englische und die französische Regierung russischen Auswanderern gemacht hat, die nach Rußland zurückzukehren wünschten, erklärte der Minister des Aeußeren Miljukow zu Vertretern der Presse, er habe alsbald nach der Bildung der provisorischen Regierung alle Konsuln angewiesen, allen Auswanderern freie Reise zu gestatten. Nach den Erklärungen Miljukows haben die alliierten Regierungen auf Grund eines Abkommens Kontrollisten aufgestellt, die die Namen derjenigen Auswanderer enthielten, deren Heimkehr in ihr Land von einer der kriegführenden Mächte oder von allen alliierten Regierungen für nicht wünschenswert angesehen wurde.

Selbstverständlich hat die russische Regierung alle von dem früheren russischen Regime der Heimkehr der russischen Auswanderer bereiteten Hindernisse aus dem Wege räumen können. Indessen hat das nicht immer genügt. So wurde das Mitglied der zweiten Duma Zurabow trotz der von dem russischen Minister des Aeußeren getroffenen Maßnahmen zurückgehalten, da dieser Auswanderer nicht nur auf der russischen Kontrolliste stand, sondern auch auf denen anderer alliierter Mächte. Nachdem die englische Regierung dies erfahren hatte, hat sie die sofortige Freilassung Zurabows gestattet.

Um endgültig jede Behinderung der Rückkehr nach Rußland für die Auswanderer zu beheben, die nicht nur auf der allgemeinen Kontrolliste der früheren russischen Regierung stehen, sondern auch auf der der französischen und englischen Regierung, ist es im allgemeinen nötig, ein Abkommen mit allen Alliierten zu treffen. Die **provisorische Regierung** hat in diesem Sinne **energische Schritte unternommen und den Konsuln telegraphiert, daß sie unbedingt die Heimkehr aller Auswanderer nach Rußland ohne Unterschied ihrer Ansicht über den Krieg gestatte.“**

Der „Vorwärts“ konnte dokumentarisch darlegen, daß es sich bei dieser Angelegenheit keineswegs um „Gerüchte“ handelt, wie die Petersburger Telegraphen-Agentur ententeschonend sich ausdrückt. Die Behinderung der Heimkehr kriegsfeindlicher Flüchtlinge durch England und Frankreich ist eine Tatsache, und ganz gewiß keine rühmliche.

Der Balkankrieg.

Die Leiden Griechenlands.

Ein **Korrespondent des „Petit Parisien“** berichtet aus Griechenland: **Das Elend** ist furchtbar, **der Hunger** schaut aus allen Gesichtern. Der **Präfekt** von **Janina** erzählte dem Korrespondenten, er erhalte täglich Berichte vom Hungertod vieler Einwohner der umliegenden Orte. Dabei seien die Forderungen des Entente-Ultimatums in Janina streng erfüllt worden. Die Garnison der Stadt, in der das Kommando des Armeekorps Papulas lag, betrage nur noch 800 Mann. Der Korrespondent fordert die Entente auf, Janina wenigstens mit dem notwendigsten Brot zu versorgen. Es sei zu befürchten, daß die Erinnerung an die ausgestandenen Leiden bei den Venizelisten Erbitterung zurückläßt.

Der Seekrieg.

Seegefechte im englischen Kanal.

WTB. Berlin, 21. April. (Amtlich.) Leichte deutsche Streitkräfte sind in der Nacht vom 20. zum 21. April in den östlichen Kanal und gegen die Themse-Mündung vorgestoßen. Die Festungen Dover und Calais wurden auf nahe Entfernungen mit insgesamt 650 Schuß wirkungsvoll unter Feuer genommen. Calais war unbewacht. Ein vor Dover angetroffenes Vorpostenfahrzeug wurde vernichtet. Als auf dem Rückmarsch kein weiterer Gegner gesichtet wurde, machten Teile unserer Streitkräfte unter Führung des Korvettenkapitäns Gautier Kehrt und nahmen nochmals Kurs auf den Kanalausgang. Hierbei stießen sie östlich von Dover auf eine größere Anzahl von englischen Zerstörern und Führerschiffen. Es kam zu scharfen Gefechten auf nächste Entfernungen. Ein feindliches Führerschiff wurde durch Torpedoschuß versenkt, mehrere andere durch Artillerietreffer schwer beschädigt. Wahrscheinlich ist von den letzteren ebenfalls eines gesunken. Von unseren Torpedobooten sind „G 85“ und „G 42“ aus diesen Gefechten nicht zurückgekehrt und müssen als verloren gelten. Alle übrigen Boote sind ohne Beschädigungen oder Verluste wieder eingelaufen. Ein südlich der Themsemündung vorgestoßener Teil unserer Seestreitkräfte traf kein Kriegsfahrzeug des Gegners an und konnte nur einige Gefangene von einem Handelsschiff einbringen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Englische Darstellung des deutschen Vorstoßes nach Dover.

Nachts versuchten fünf deutsche Zerstörer einen Vorstoß gegen Dover. Sie feuerten eine Anzahl Salven ab. Der Feind traf auf zwei Schiffe der Bewachung Dovers. Mindestens zwei, möglicherweise drei feindliche Boote sind gesunken. Die übrigen zogen sich in höchster Eile zurück. Wir erlitten keinen Materialschaden. Unsere Verluste sind außerordentlich leicht. 10 deutsche Offiziere und 25 Mann wurden geborgen.

*

Der verschärfte U-Boot-Krieg.

Aus Berlin wird gemeldet: Die dänischen Zeitungen „Politiken“ und sogar in einem Leitartikel die „Nationaltidende“, erinnern jetzt an eine angeblich deutsche Voraussage, daß England durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg innerhalb drei Wochen auf die Knie gezwungen sein würde. Es wären drei Monate vergangen, aber es sei kein Zeichen für die Erfüllung jener Voraussage zu sehen. Demgegenüber muß erneut ganz ausdrücklich darauf hingewiesen werden daß sich die deutsche Regierung weder je mit der Hoffnung einer so schnellen Niederringung Englands trug, noch Aeußerungen in diesem Sinne von sich gab. Was wir von der Erklärung der Sperrgebiete erwarteten und noch erwarten, ist die monatliche Verringerung der feindlichen und für feindliche Zwecke fahrenden Schiffsräume, derart, daß nach einer gewissen Reihe von Monaten das Wirtschaftsleben unserer Feinde durch Mangel an Schiffsraum so geschädigt würde, daß sie zum Frieden gezwungen sind. Um vor falschen Schlüssen zu warnen, wurde besonders auch von Anbeginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges immer wieder der in der neutralen Presse vielfach begegneten Auffassung entgegengetreten, daß es sich bei dieser deutschen Seekriegsmaßnahme um eine „Blockade“ handelte. Aus dem Wortlaut der Sperrgebietserklärung vom 31. Januar 1917 geht bereits klar hervor, daß von einer hermetischen Abschließung Englands von der Außenwelt keine Rede sein, und auch nicht erreicht werden konnte und sollte, daß jeglicher Verkehr mit den englischen Häfen absolut unterbunden würde. Daraus ergibt sich also für jeden Einsichtigen ohne weiteres, daß eine Niederzwingung Englands in wenigen Wochen niemals erwartet wurde. Im

übrigen haben wir nach den bisherigen Ergebnissen allen Grund, mit dem Erfolg des neuen U-Boot-Krieges, wie im Reichstage noch vor wenigen Wochen offiziell erklärt wurde, vollauf zufrieden zu sein.

*

Spanien und der U-Boot-Krieg.

In einer längeren Notiz stellt die „Nordd. Allgem. Ztg." fest, daß Deutschland sowohl durch Aufkäufe von Südfrüchten, durch Ausstellen von Geleitscheinen für nach Cette und Französisch-Marokko fahrende Schiffe und schließlich durch Gewährung beträchtlichen freien Gebietes im Sperrbezirk an die spanischen Fischer Spanien nach jeder Richtung hin entgegengekommen ist. Diese Feststellung war nötig, nachdem die Gegner versuchen, die in neutralen Ländern herrschende Mißstimmung auf Deutschland abzulenken, hierbei aber natürlich verschweigen, daß der U-Boot-Krieg eine Folge der englischen Maßnahmen ist.

Lyoner Blätter melden aus Madrid: Das Ergebnis der Unterhandlungen mit Deutschland gestattet, daß spanische Handelsschiffe, welche ausschließlich Fruchtladungen für die Häfen der Neutralen oder Kriegführenden außerhalb der Kriegszone führen, von deutschen U-Booten unter folgenden Bedingungen respektiert werden: 1. Die spanische Regierung garantiert, daß jedes zum Fruchttransport dienende Schiff keine Ladung für die Feinde Deutschlands führt; 2. daß die Schiffe eine vom deutschen Konsul unterzeichnete Erklärung besitzen, die bescheinigt, daß obige Bedingung beachtet wird; 3. daß die Schiffe außerhalb der verbotenen Zone bleiben. So ist das Eingreifen deutscher Konsuln bei den Ladeoperationen spanischer Schiffe unterdrückt, da die deutschen Behörden nunmehr eine auf Grund der Erklärungen der spanischen Regierung im Absatz 2 aufgeführte Erklärung ausstellen.

Spanische Blätter veröffentlichen eine Meldung des Reuterschen Bureaus aus London, wonach die Unterhandlungen einen befriedigenden Abschluß gefunden haben. Die englische Regierung läßt den Import einer angemessenen Menge Orangen zu und verpflichtet sich zu monatlicher Lieferung von 150000 Tonnen Kohlen auf jenen Schiffen, die Mineralien nach England bringen. Das hierüber getroffene Abkommen ist bereits im Auswärtigen Amte unterzeichnet.

Diese beiden Abkommen widersprechen einander. Was nun richtig ist, werden wir wohl demnächst erfahren.

*

Englische Zahlen über die Schiffsverluste der Entente.

Die englischen Verluste in den ersten acht Wochen der Seesperre beziffern sich nach amtlichen englischen Angaben auf 130 Schiffe über und 58 Schiffe unter 1600 Tonnen nebst 65 Fischerfahrzeugen, während Frankreich 75 und Italien 52 Schiffe verloren habe.

Die Kämpfe im Orient.

Ein türkischer Sieg.

Amtlicher Heeresbericht. Sinaifront: Nachdem noch in der Nacht vom 18. zum 19. an der Front Ruhe geherrscht hatte, entbrannte gestern früh eine zweite Schlacht bei Gaza. Um 5 Uhr früh setzte heftiges feindliches Artilleriefeuer auf die Stadt ein, und es wurden bald die ersten feindlichen Entwickelungsbewegungen erkennbar, wenn auch starker Nebel noch die Luftaufklärung verhinderte. Gegen 8 Uhr vormittags begann der feindliche Infanterieangriff. Beiderseits der Straße nach Gaza griff eine feindliche Division an. Eine zweite Division wandte sich gegen unsere südöstlich Gaza stehende mittlere Gruppe. Die feindliche Kavallerie, die sich etwas zögernd benahm, ging gegen den rechten Flügel unserer linken Flügelgruppe vor. Während dieser Bewegungen wurde ein feindliches Panzerauto von uns zerstört. Bis um Mittag war der Kampf auf der ganzen Linie in vollem Gange, besonders gegen unsere beiden rechten Flügelgruppen. **Trotz großer Verluste gelang es der feindlichen Infanterie nicht, näher als bis auf 800 Meter heranzukommen.** Nachmittags 3 Uhr hatte unsere mittelste Gruppe **bereits zwei feindliche Angriffe blutig abgewiesen.** Mit einem dritten Angriffe mußte gerechnet werden, nachdem der Feind Verstärkungen herangezogen hatte. Die Lage war jetzt schon so günstig, daß Bewegungen zu einem Offensivstoß gegen den feindlichen rechten Flügel eingeleitet werden konnten. Um 7 Uhr abends hatte unsere mittelste Gruppe auch den **dritten feindlichen Angriff mit schweren Verlusten für die Gegner abgeschlagen; alle Stellungen waren fest in unserer Hand.** Auf dem linken Flügel drängte unsere Kavalleriedivision erfolgreich gegen die feindliche Kavallerie vor, und es machten sich allmählich Rückzugsbewegungen am feindlichen rechten Flügel bemerkbar. In den späteren Abendstunden ging auch der linke Flügel unserer Infanterie im Verein mit der Kavalleriedivision zum Angriff auf den weichenden Gegner vor. In der Dunkelheit waren Anzeichen eines allgemeinen feindlichen Rückzuges erkennbar. Die zweite Schlacht bei Gaza war gewonnen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Bruch der Türkei mit Amerika.

Die „Agence Milli" meldet: Infolge der Erklärung des Kriegszustandes zwischen den Unionstaaten und dem Deutschen Reiche teilte die osmanische Regierung der amerikanischen Botschaft in Konstantinopel mit, daß sie nach dem Beispiel der verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie die Beziehungen zu den Unionstaaten abbreche.

*

Fieberhafte Arbeit.

Nach Meldungen aus Washington wird fieberhaft gearbeitet, um die deutschen Schiffe wieder instand zu setzen. Man erwartet, daß 9 Schiffe in etwa 30 Tagen betriebsfähig sein werden.

*

Drohendes amerikanisches Ausfuhrverbot?

Das holländische Ministerium des Aeußern teilt mit: Anläßlich der im amerikanischen Kongreß gestellten Anträge zur Einschränkung der Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten wurde der Gesandte in Washington beauftragt, sich über die Absichten der amerikanischen Regierung zu unterrichten. Der Gesandte hatte eine Unterredung mit Wilson, in der er ihm die Lage in Holland und die Folgen, die ein eventuelles Ausfuhrverbot, namentlich von Lebensmitteln und Metallen, haben würde, auseinandersetzte. Wilson wies darauf hin, daß die Anträge lediglich darauf hinausliefen, ihm die Ermächtigung zu geben, wenn nötig, ein Ausfuhrverbot anzukündigen. Er werde nur im Falle äußerster Notwendigkeit dazu übergehen ein Ausfuhrverbot von Lebensmitteln und Metallen nach Holland zu erlassen, da er sich über den Zustand, in welchem das Land sich jetzt befinde, und über seine Lage gegenüber den Kriegführenden vollkommen Rechenschaft ablege.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 23. April. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Loos und der Bahn Arras-Cambrai dauerte gestern der Artilleriekampf an.

Nordwestlich von Lens drangen englische Sturmtrupps in 500 Meter Breite in unsern vordersten Graben. Sie wurden durch Gegenstoß zurückgeworfen. Auch nachts blieb das Feuer stark. Heute früh haben nach Trommelfeuer in breiter Front die Infanteriekämpfe begonnen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Vormittags war nur nordöstlich von Soissons die Feuertätigkeit gesteigert. Von nachmittags an bekämpften sich längs der Aisne und in der Champagne die Artillerien wieder mit zunehmender Heftigkeit. Handgranatenkämpfe spielten sich auf dem Chemin-des-Dames-Rücken ab.

Ein starker französischer Angriff nordwestlich von La Ville au Bois brach verlustreich zusammen.

Zwischen Brosnes und der Suippesniederung brachten Vorstöße dem Feinde keinerlei Vorteil. Wir machten am Hochberg südwestlich von Moronvillers und durch Eindringen in die französische Stellung südlich von St. Marie a Py 50 Gefangene.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Nichts Neues.

*

Unsere Flieger schossen 4 feindliche Fesselballons in Brand und brachten im Luftkampf elf Flugzeuge zum Absturz.

Rittmeister Frhr. von Richthofen blieb zum 46. Male, Leutnant Wolf zum 20. Male Sieger. Die Jagdstaffel des Rittmeisters Frhr. von Richthofen hat bis gestern 100 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Mehrfach lag lebhaftes Feuer der russischen Artillerie auf unsern Linien. Es wurde kräftig erwidert.

Bombenabwürfe russischer Flieger auf Lida wurden durch Luftangriffe auf Molodetschno und Turez (nordwestlich bezw. nördlich von Minsk) vergolten.

Mazedonische Front.

Am Ostufer des Wardars und südwestlich des Doiran-Sees lebhaftes Artilleriefeuer, dem nur am Doiran-See ein englischer Angriff folgte. Er wurde von den bulgarischen Truppen abgewiesen.

Eins unserer Fliegergeschwader griff aus der Luft in den Kampf ein.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Chile und San Salvador bleiben neutral.

Der „Matin" meldet aus Neuyork: Der chilenische Gesandte hat dem Staatssekretär Lansing erklärt, Chile werde neutral bleiben, falls kein feindlicher Akt seitens Deutschlands begangen werde.

Wie die „Agencia Americana" meldet, erklärte die Regierung von San Salvador, daß sie mit der Haltung der Vereinigten Staaten zwar sympathisiert, aber in dem Konflikt zwischen diesen und Deutschland ihre Neutralität bewahrt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Kommt das Arbeitskammergesetz?

Die Erwartung, die wir anläßlich der jüngsten Bundesratsbeschlüsse aussprachen, daß die Regierung einige Gesetzentwürfe ausarbeite, die für die Arbeiterschaft materielles Interesse hätten, darunter namentlich das Arbeitskammergesetz, wird von anderer Seite bestätigt. Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern scheiterte im Jahre 1910 bekanntlich daran, daß die Reichsregierung die Gewerkschaftssekretäre nicht als Vertreter der Arbeiter in den Arbeitskammern anerkennen wollte. Nach einer Mitteilung des „B. T." soll die Regierung ihre Stellung zugunsten des Gewerkschaften geändert haben; man erwarte eine baldige Erklärung des Staatssekretärs Dr. Helfferich in dieser Beziehung und eine Wiedereinbringung der Vorlage.

Wir betrachten solche Teilreformen aber nicht als Erfüllung des Versprechens einer Neuorientierung von Grund auf.

Zur Aufhebung des Jesuitengesetzes und des Sprachenparagraphen

schreibt die „Nordd. Allg. Ztg." an der Spitze ihres Blattes vom Freitagabend:

„In der Sitzung vom 19. April hat der Bundesrat dem Beschluß des Reichstages vom Jahr 1913, das Gesetz betr. den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. April 1872 aufzuheben, seine Zustimmung erteilt. Damit ist der Rest des Jesuitengesetzes, dessen einer Teil bereits 1904 aufgehoben worden ist, außer Kraft gesetzt. Die katholischen Deutschen, die sich in diesem Kriege an vaterländischer Treue, an Heldentum und Opfermut von den Angehörigen keiner anderen Konfession übertreffen lassen, empfanden den Fortbestand des Jesuitengesetzes mit Bitterkeit; sie konnten darauf hinweisen, daß die deutschen Jesuiten in großer Zahl dem Vaterland mit ihrem Blute gedient, daß sie an unseren Fronten gepredigt, gepflegt und gekämpft haben. Die nationalen Besorgnisse, aus denen seinerzeit das Ausnahmegesetz entstanden ist, sind nach den Erfahrungen dieses Krieges hinfällig.

Aus Erwägungen ähnlicher Natur hat der Bundesrat in derselben Sitzung auch der vom Reichstag im Jahre 1916 beschlossenen Aufhebung des § 12 des Reichsvereinsgesetzes, des sogenannten Sprachenparagraphen, zugestimmt. Damit ist künftig auch in öffentlichen Versammlungen der Gebrauch nichtdeutscher Sprachen ohne weiteres gestattet. Von beklagenswerten Ausnahmeerscheinungen abgesehen, haben auch die Staatsbürger nichtdeutscher Zunge im Sturme dieses Krieges ihre Treue und opferwillige Hingabe an das Reich bewiesen. Die verbündeten Regierungen haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie bereit sind, die Folgerungen, die sich aus dieser Tatsache ergeben, zu ziehen."

Aus der Partei.

Partei Nummer drei! Daß es mit der angeblichen „Einigung" der Opposition in Gotha nichts war, haben wir schon festgestellt. Jetzt erleben wir die Bildung abermals einer neuen Spaltungspartei, die zunächst getragen wird von den Bremer und Hamburger „Linksradikalen". Unser Bremer Parteiblatt, die „Bremer Bürgerzeitung", ist in der Lage, ein Rundschreiben des Vorstandes der Bremer Linksradikalen zu veröffentlichen, das unterzeichnet ist von der verantwortlichen Redakteurin der Bremer „Arbeiterpolitik", Frau Ahrens. Dieses Rundschreiben äußert sich über die in Gotha neugegründete Spaltungspartei wie folgt:

„Woher sollen die Arbeiter das Vertrauen nehmen, daß die jetzigen Führer, die durch ihr Zagen und Zaudern durch Monate hindurch die Ebert und Scheidemann gestärkt haben, ihre Interessen vertreten werden? Die neue Partei wird die Interessen des Proletariats ebenso verraten, wie es die alte tat. Sie wird in keiner Weise den Anforderungen gerecht werden, da die heutige politische Lage der Arbeiterklasse an ihre wahre organisatorische Vertreterin stellt. Sie wird, wie die Sozialdemokratie vor Jahren, Posten schaffen, eine wohldotierte Bureaukratie einsetzen lassen, aber sie wird nicht kämpfen. Ihre Führer werden wie in der alten Partei viel reden; aber sie werden nicht handeln."

Es wird dann darauf hingewiesen, daß die Hamburger Linksradikalen bereits den Beitritt „zu der Partei des Parlamentelns ablehnten und kurzerhand ihre eigene linksradikale Organisation gründeten". Dann heißt es weiter:

„Arbeiter und Arbeiterinnen! Bremen galt von jeher als die Hochburg des Radikalismus. Zeigt, daß ihr euch nicht dazu hergeben wollt, eine neue Partei stärken zu helfen, die über kurz oder lang doch wieder auseinanderfallen wird. Am Freitag wird der Sozialdemokratische Verein sich zu entscheiden haben, ob er die Komödie von Gotha mitmachen will, oder ob er die Genossen im Lande stärken helfen will, die erkannt haben, daß die Zeit für die Gründung einer eigenen linksradikalen Organisation gekommen ist. Erscheint darum in der Versammlung. Es darf keiner fehlen!"

Da hätten wir nun Partei Nr. 3! Partei Nr. 4 wird vermutlich bald folgen bzw. besteht schon durch Julian Borchardt und seine Gruppe „Internationale Sozialisten". Sollte sich nicht in dieser Zeit der Kriegsgründungen bald der unternehmende Herr finden, der Partei Nr. 5 und 6 gründet?

So wuchert der von der Opposition entfesselte Spaltungsgeist in ihren eigenen Reihen weiter. Aus diesem Chaos der Grüppchen und Sekten kann die deutsche Arbeiterbewegung nur eins retten: die Treue zur alten Partei.

Die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in den ersten beiden Kriegsjahren.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine zählte im Jahre 1914 zu Beginn des Krieges 1109 Konsumgenossenschaften, nach Beendigung des ersten Kriegsjahres 1079 Konsumgenossenschaften und nach Beendigung des zweiten Kriegsjahres 1077 Konsumgenossenschaften. Die Zahl der Konsumgenossenschaften befindet sich in einem ständigen Rückgange. Die größte Zahl der angeschlossenen Konsumgenossenschaften war im Jahre 1911 mit 1142 erreicht. Bei der Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1903 waren 623 Konsumgenossenschaften beigetreten. Der Rückgang in der Zahl der angeschlossenen Konsumgenossenschaften ist auf die Bestrebungen, durch Verschmelzung der benachbarten kleinen Konsumvereine und durch deren Aufnahme durch größere Konsumvereine große und wirtschaftlich hervorragend leistungsfähige Bezirkskonsumvereine zu bilden, zurückzuführen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 1 717 519 auf 2 052 139. Im ersten Kriegsjahre betrug der Mitgliederzuwachs rung 130 000, im zweiten Kriegsjahr über 200 000; er hat damit die höchste Ziffer erreicht, die jemals in der Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vorhanden war. Bei der Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zählten die 623 berichtenden Konsumvereine 573 085 Mitglieder. Der Bestand an Mitgliedern hat sich somit im Laufe von 13 Jahren nahezu vervierfacht. Der Umsatz der konsumgenossenschaftlichen Mitglieder in ihren Konsumvereinen betrug im letzten Friedensjahre 493 Millionen Mark und ist inzwischen auf 577 Millionen Mark gestiegen. Bei der Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hatten dessen Konsumgenossenschaften einen Umsatz von 132 Millionen Mark. Der Umsatz ist also in den 13 Jahren konsumgenossenschaftlicher Entwicklung um das Viereinhalbfache gestiegen. Die Zahl der konsumgenossenschaftlichen Verkaufsstellen ist in den beiden Kriegsjahren von 5167 auf 5265 gestiegen. Es sind also trotz aller Schwierigkeiten, die die Kriegsumstände mit sich bringen, noch nahezu 100 Verkaufsstellen aufgemacht worden. Bei der Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine betrug die Zahl der vorhandenen Verkaufsstellen der angeschlossenen Genossenschaften 1597. Der Durchschnittsumsatz auf jedes Mitglied betrug im letzten Friedensjahre 287 Mk., er sank im ersten Kriegsjahr auf 267 Mk. und ist im zweiten Kriegsjahre wieder auf 281 Mk. gestiegen. Bei Gründung des Zentralverbandes betrug der Durchschnittsumsatz nur 230 Mk.

Eine sehr lebhafte Entwicklung zeigt auch trotz der Kriegsumstände die konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion. Sie betrug im letzten Friedensjahre 106,4 Millionen Mark, erhöhte sich im ersten Kriegsjahr auf 120,1 Millionen Mark und stieg im zweiten Kriegsjahr auf 145,6 Millionen Mark. Der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion dienen in erster Linie die großen konsumgenossenschaftlichen Bäckereien. Einige Konsumvereine betreiben Mühlen und Schlachtereien. Fast alle großen Konsumvereine haben Mineralwasserfabrikation, manche auch Schrotmühlen und sonstige kleine Produktionszweige. Die Kriegszeit ist der Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Bäckereien nicht günstig gewesen. Schon zu Beginn des Krieges wurden durch das Nachtbackverbot die Konsumgenossenschaften fast überall gezwungen, auf die Herstellung von Weißgebäck und Feingebäck zu verzichten und ihre ganze Produktionskraft der Brotbäckerei zu widmen. Die Rationierung des Brotes und die damit verbundene Mehlzuteilung bedeutete eine weitere Erschwernis der Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Bäckereien.

Die Kapitalbildung der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat auch in den beiden ersten Kriegsjahren ihren regelmäßigen Fortgang genommen. Das Geschäftsguthaben erhöhte sich von 33,8 Millionen Mark auf 36,3 Millionen Mark am Ende des ersten und auf 39,1 Millionen Mark am Ende des zweiten Kriegsjahres. Die Reserven aller Art erfuhren in den beiden Kriegsjahren eine Erhöhung von 25,1 Millionen Mark auf 29,4 Millionen Mark bem. auf 32,8 Millionen Mark. Die Warenbestände betrugen im letzten Friedensjahre 56,5 Millionen Mark, im ersten Kriegsjahre 71,1 Millionen Mark und im zweiten Kriegsjahre nur 57,9 Millionen Mark. Das Geschäftsinventar erfuhr eine laufende Verminderung, und zwar in den beiden Jahren zusammengerechnet von 16,5 Millionen Mark auf 11,1 Millionen Mark. Hingegen erhöhte sich der Betrag des Wertes des Grundbesitzes von 100,9 Millionen Mark auf 105,3 Millionen Mark.

Die Spareinlagen, die bei Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nur 6 Millionen Mark betrugen, hatten im letzten Friedensjahre bereits die Summe von 80 Millionen Mark erreicht. Im ersten Kriegsjahre stiegen sie auf 88 Millionen Mark und im zweiten Kriegsjahr auf 94 Millionen Mark. Die Bank- und Kassenbestände und zinsbar angelegten Kapitalien und Wertpapiere der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes betrugen im letzten Friedensjahre 65 Millionen Mark, am Schlusse des ersten Kriegsjahres 66 Millionen Mark, am Schlusse des zweiten Kriegsjahres 94 Millionen Mark. Die Ersparnisse einschließlich des festen Rabatts zeigen einen kleinen Rückgang, nämlich von 41,3 Millionen Mark auf 37,5 Millionen Mark bezw. 40,6 Millionen Mark. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß vielfach durch die Höchstpreisfestsetzung der zulässige Aufschlag geringer gewesen ist als die Summe aus Geschäftsunkosten, Rabatt und Rückvergütung, darf dieses Ergebnis als ein recht günstiges bezeichnet werden.

Unter Berücksichtigung der Kriegsumstände, als da sind Schwierigkeiten der Warenbeschaffung und Transportschwierigkeiten, mangelhafte Warenzuteilung durch manche Gemeinden, die Errichtung besonderer Gemeindeverkaufsstellen in einigen Bezirken, die allgemeine Einschränkung im Verzehr der wichtigsten Gebrauchsartikel und die vielfachen Rationierungen, das Fehlen von vielen Hunderttausenden von Männern, die zu den Fahnen eingezogen sind, das geringere Einkommen der Familien der Kriegsteilnehmer, die Einziehung vieler Verwaltungsmitglieder

leitender Beamten und eines erheblichen Teiles des technischen Personals zu den Fahnen und die Besetzung der von den Männern verlassenen Arbeitsplätze durch Frauen und vieler anderer Umstände, die aufzuzählen zu weit führen würde, und unter denen nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die Völker aller kriegführenden und mancher neutralen Länder leiden, darf festgestellt werden, daß die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine allen Kriegs- und Wirtschaftsstürmen zum Trotz ihre vollste Lebenskraft bewiesen und ihre Position ganz erheblich verstärkt haben.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 23. April.

Die Familienunterstützung für Kriegsteilnehmer. Die Bestimmungen über die Unterstützung von Kriegerfamilien werden durch eine soeben ergangene neue Verordnung des Bundesrats nach zwei Richtungen hin erweitert.

Bisher war Pflegeeltern und Pflegekindern nur dann ein Anspruch auf Unterstützung gewährt, wenn das unentgeltliche Pflegeverhältnis bereits vor Beginn des gegenwärtigen Krieges bestanden hatte. Diese Beschränkung sollte Mißbräuchen vorbeugen. Sie hat daneben aber auch die Wirkung gehabt, daß Kinder, die erst während des Krieges geboren sind und in ein Pflegeverhältnis kamen, der Wohltat jener Verordnung nicht teilhaftig werden konnten. Diese unerwünschte Folge wird durch die neue Verordnung beseitigt, die auch diesen Pflegekindern den Unterstützungsanspruch gibt und ihn zugleich denen gewährt, die während des Krieges elternlos geworden sind.

Eine zweite Verbesserung, die durch die neue Verordnung erzielt wird, betrifft die **dauernde Festlegung der Sätze der Familienunterstützung auf 20 Mark für die Ehefrauen und auf 10 Mark für die sonstigen Angehörigen** von Kriegsteilnehmern. Die Sätze beliefen sich früher (1914) auf 9 (bezw. 12) und 6 Mark, wurden dann gemäß der zunehmenden Teuerung (Januar 1916) auf 15 und 7,50 Mark und schließlich (Dezember 1916) für die Zeit vom November 1916 bis April 1917 auf 20 Mark und 10 Mark heraufgesetzt. Damit nun nicht durch Herabsetzung dieser Sätze empfindliche Härten entstehen, gibt die neue Verordnung diesen erhöhten Sätzen dauernde Geltung.

Der Verwaltungsbericht der Lübecker Allgemeinen Ortskrankenkasse für 1916 stellt fest, daß das Betriebsergebnis gegenüber den beiden Vorjahren recht ungünstig ausgefallen ist. Es war nur ein Ueberschuß von 17 646,72 Mk. oder 1,20 Prozent der Kassenbeiträge gegen 159 625 Mk. oder 11,69 Prozent im Jahre 1915 zu verzeichnen. An diesem unerfreulichen Ergebnisse ist die mit 19. Juni 1916 in Wirksamkeit getretene zehnprozentige Erhöhung des Krankengeldes, sowie die gleichzeitig dadurch bedingte Erhöhung des Haus-, Wochen- und Stillgeldes mit nur rund 35 000 Mark beteiligt. Eine ganz besondere Belastung dagegen erfuhr die Kasse durch die stetig steigende Zahl der kriegsverletzten Kassenmitglieder mit ihren durchgehends längeren Krankheitsdauern. Sie erforderten eine Krankengeldausgabe von 103 450,40 Mk. Eine weitere Belastung erfuhr die Kasse durch die mit 1. November 1916 in Kraft getretene Erhöhung der Krankenhauspflegekosten von 2,75 Mk. auf 3,25 Mk. für den Tag und durch die gleichzeitig erfolgte Erhöhung der Pflegekostensätze des Kinderhospitals. Ganz besonders schwer fällt es aber für das Geschäftsergebnis ins Gewicht, daß die Kasse die ärztliche Behandlung der Mitglieder und deren Angehörigen weit über das notwendige Maß hinaus bezahlen soll. Für das Jahr 1914 hatte die Kasse bei einer Pauschsumme von 10 Mk. für Mitglied und Jahr nach völliger Begleichung der kassenärztlichen Leistungen noch 19 419,34 Mk. an die Vertragskommission der Aerztekammer auszukehren. Für das Jahr 1915 ergab sich bei einem noch um eine Mark = 11 Mk. erhöhten Pauschale eine Ueberzahlung von 82 379,96 Mk., worauf der Kasse nach langwierigen Verhandeln nur 25 000 Mk. nachgelassen wurden, so daß 57 379,96 Mark ohne jede ärztliche Gegenleistung gezahlt worden sind. Für das Jahr 1916 würde die Mehrzahlung bei einer weiteren Erhöhung des Pauschals auf 12 Mk. für Mitglied und Jahr 117 726,33 Mark betragen. Der Vorstand hat von dieser Summe zunächst nur den 10-Pfennig-Beitrag der Aerzte zum Abfindungsfonds mit 2865,90 Mark entrichtet, den Rest von 114 845,43 Mark aber zurückgehalten. Es schweben wegen dieser Angelegenheit noch Verhandlungen mit den Aerzten. Die gesamten Einnahmen der Ortskrankenkasse beliefen sich 1916 auf 1 678 263,25 Mk., denen 1 660 616,53 Mk. an Ausgaben gegenüberstehen. Ende des Jahres 1916 betrug das gesamte Kassenvermögen 1 106 742,62 Mk., wobei allerdings das zurückgestellte Arztpauschale von 114 845,43 Mk. mitgerechnet wurde, von dem zweifellos ein erheblicher Teil an die Aerzte auszukehren sein wird. Der durchschnittliche Mitgliederstand stellte sich auf 31 000. Wie groß die sozialpolitische Bedeutung der Kasse ist, mag an einigen Zahlen ermessen werden. Für Krankenbehandlung und Geburtshilfe durch Aerzte wurden 244 426,20 Mk. verausgabt, für zahnärztliche Behandlung 24 843,75 Mk., für Entbindungskosten 17 240 Mk., für Arzenei und sonstige Heilmittel 154 795,19 Mk., für Krankenhauspflege 149 514,78 Mk. An Krankengeld wurden 567 274,21 Mk. gezahlt, an Hausgeld 15 036,41 Mk., an Wochengeld 44 263,57 Mk., an Stillgeld 24 717,25 Mk., an Sterbegeld 47 121,25 Mk. In dem Bericht wird zum Ausdruck gebracht, daß die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder und ihrer Angehörigen darunter gelitten haben, daß dafür nur 22, zeitweise 25 praktische Aerzte und 14, zeitweise nur 12 Spezialärzte mit größtenteils sehr beschränkten Sprechstunden zur Verfügung gestanden haben, gegen 40 bezw. 21 Aerzte bei Ausbruch des Krieges. In den ländlichen Bezirken war es mit der ärztlichen Fürsorge noch schlechter bestellt. Für die ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder und ihrer Angehörigen wurden pro Kopf des Mitgliedes 9,62 Mk. ausgegeben. Am kommenden Sonnabend wird sich der Ausschuß der Ortskrankenkasse mit dem Verwaltungsbericht zu beschäftigen und dabei Gelegenheit haben, sich zu den Angelegenheiten der Kasse zu äußern.

Wer entschädigt Quarantänezeit? Hierzu schreibt der „Grundstein“ in Nr. 16: Von unseren Mitgliedern arbeiten viele in besetzten Gebieten. Es ist nun wiederholt vorgekommen, daß Leute, deren Arbeitsvertrag abgelaufen war und die in die Heimat zurückreisen wollten, von der Militärverwaltung noch längere Zeit in Quarantäne festgehalten wurden, ohne daß ihnen eine Entschädigung gezahlt wurde. Das hat zu vielen Klagen vor den Gewerbegerichten Anlaß gegeben, ohne daß die Arbeiter zu ihrem Recht zu kommen vermochten. Am 8. Februar hat deshalb der Bundesrat im „Reichsgesetzblatt“ bekanntgegeben, daß diejenige Militärbehörde, die die Internierung anordnete, die Quarantänezeit zu entschädigen habe. Der Antrag auf Entschädigung ist zur Vermeidung des Verlustes binnen sechs Monaten bei dem Militärbefehlshaber, der die Internierung anordnete, anzubringen. Auf eine Anfrage, die kürzlich der Reichstagsabgeordnete Quarck an das Kriegsministerium gerichtet hat, teilt dieses mit, daß die nötigen Anordnungen getroffen seien. Die endgültige Regelung werde aber naturgemäß einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Dienststellen seien deshalb angewiesen, den Arbeitern möglichst bald angemessene Abschlagszahlungen für Rechnung der Heeresverwaltung zu gewähren und ihnen schleunigst von den geplanten Maßnahmen Kenntnis zu geben. Unsere von der Quarantäne betroffenen Kollegen sollten also, soweit das noch nicht geschehen ist, ihre Ansprüche möglichst bald bei der Militärbehörde geltend machen (eventuell unter Zuhilfenahme des Arbeitersekretariats), die ihre Internierung verfügt hat.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Das große Varieteprogramm bleibt nur noch bis Freitag, die Gesangskräfte bringen neues Repertoir. Sonnabend und Sonntag gelangt „Mein Leopold“, Volksstück mit Gesang in 5 Bildern von A. L. Arronge, Musik von Bial zur Aufführung. Sonntag Nachmittag 3 Uhr: Schülervorstellung „Die Räuber“, Trauerspiel von Schiller. Billettbestellungen werden an der Theaterkasse entgegengenommen.

Stadttheater. Am Donnerstag findet die Erstaufführung der heiteren Oper „Herr Dandolo“ von Dr. Rudolf Siegel statt. Dieses Werk ist gelegentlich des Tonkünstler-Festes im Mai vorigen Jahres in Essen unter der Leitung Abendroths zur Uraufführung gelangt und errang sich dort einen unbestrittenen, großen Erfolg. Auch hier sieht man dem Werk Dr. Siegels mit größtem Interesse entgegen. Der Komponist weilt seit drei Wochen in unserer Stadt und wird das Werk am Donnerstag selbst dirigieren. Der übrige Teil der letzten Woche der Winterspielzeit ist vorwiegend den Abschiedsvorstellungen der scheidenden Mitglieder gewidmet. Am Dienstag verabschiedet sich Frau v. Pander, unsere hochdramatische Sängerin, als „Fidelio“ vom Lübecker Publikum. Am Mittwoch findet die letzte Aufführung von „Wie einst im Mai“ statt, in der eines unserer beliebtesten Mitglieder, Gertrud Bornholt, noch einmal in ihrer Glanzrolle als Ottilie vor ihrem Weggang nach Posen auftreten wird.

Mecklenburgs Hilferuf

betitelt unser in Rostock erscheinendes Parteiblatt, die „Mecklenburgische Volks-Zeitung“, einen Artikel, in dem es eindringlichst fordert, daß die Reichsgewalt durch zwingende Mußvorschriften über die Zusammensetzung des Landtages und über das Landtagswahlrecht in Mecklenburg politische Ordnung schaffen soll. Es wird daran erinnert, daß alle Verfassungsvorlagen der Regierungen Mecklenburgs nur auf Flickarbeit abzielten, und daß heute noch lediglich jeder Gutsbesitzer und die Vertreter der Stadtmagistrate Sitz im Landtag haben, während infolge der Revolution von 1848 auch in Mecklenburg vorübergehend ein reiner Wahllandtag bestanden hat. Nachstehend ein Abschnitt aus dem Artikel der „Mecklenburgischen Volks-Zeitung“:

Zwar hat der Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin, als im Frühjahr 1911 wieder einmal eine Regierungsvorlage abgelehnt war, feierlichst verkündet, er werde nunmehr „aus freiester Entschließung handeln“. Indessen blieb faktisch alles beim alten.

Ein anderes Mal, als ebenfalls wieder eine der Regierungsvorlagen abgelehnt war, verkündete derselbe Schweriner Großherzog, und zwar am 17. November 1912 in feierlicher Sitzung des Schweriner Staatsministeriums:

„Wenn der außerordentliche Landtag die neue Verfassungsvorlage ablehnt, werde ich die Verfassung oktroyieren.“

Der Landtag hat die Regierungsvorlage abgelehnt, die alten Verfassungszustände aber bestehen noch heute ungestört weiter; der Wille des Großherzogs zur Verfassungsoktoyierung ist nicht verwirklicht worden, nachdem unter Führung der Ritter von der Mehrheit der „Stände“ dagegen Protest angemeldet worden war. Noch heute besteht die Ständevertretung von 1755 völlig wie früher fort.

Da muß die Reichsgewalt endlich die gebotene Ordnung schaffen!

Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin selbst hat im Dezember 1909 die Notwendigkeit und Berechtigung hierfür anerkannt. Als damals die „Ritter“ abermals eine der Verfassungsvorlagen vernichtet hatten, erklärte die Regierung:

„Die Verantwortung für die Lage trifft die Ritterschaft. Bei Verhandlungen im Reichstage würde die Regierung ihren bisherigen (ablehnenden) Standpunkt gegenüber einem Eingreifen des Reiches nicht aufrechterhalten können.“

Die Berechtigung des Eingreifens der Reichsgewalt aber heute im einzelnen noch nachzuweisen, ist gänzlich überflüssig. Sehr richtig anerkannte der konservative Reichstagsabgeordnete von Buchka in der Sitzung vom 5. Februar 1895 jene Berechtigung ohne Umschweife an; und durchaus zutreffend lehrt der juristische Professor Dr. Hübner an der Rostocker Universität:

„Nichts kann die Reichsgewalt hindern, in allen oder einigen Einzelstaaten die Verfassung, einen gewählten Landtag, vorzuschreiben.“

Wer es fertig bekäme, heute noch diese Berechtigung zu bestreiten, will sie einfach nicht zugeben, will hier sich so ablehnend verhalten, wie die Machthaber Mecklenburgs es beispielsweise getan haben, als die Reichsgewalt daran ging, das Bürgerliche Recht seiner Kompetenz zu unterwerfen, und als es reichsgesetzlich das Versammlungsrecht ordnete. Die Reichsgewalt hat sich nicht bei diesen Einsprüchen der mecklenburgischen Regierung aufgehalten; das Bürgerliche Gesetzbuch wurde doch schließlich für das ganze Deutsche Reich geschaffen und ebenso das Reichsvereinsgesetz.

So auch kann die Reichsgewalt für Mecklenburg die Verfassung vorschreiben. Denn die gesamte Rechtssphäre der Einzelstaaten ist dem Reich untergeordnet. Das wird ernsthaft in der Staatsrechtslehre nicht mehr bestritten. Und wie schon der Norddeutsche Bund im Jahre 1869 unser Land Mecklenburg zwang, sein Gesetz betreffend das Verbot des Eintritts von Juden in die mecklenburgischen „Stände“ aufzuheben, wie beispielsweise weiter durch das Reichsgerichtsverfassungsgesetz die Patrimonialgerichte der Rittergutsbesitzer aufgehoben wurden, so kann die Reichsgewalt dem Lande Mecklenburg auch die Verfassung geben.

Bisher wurde es verabsäumt. Jetzt darf nicht mehr gezögert werden.

Reichstag, erlöse das mecklenburgische Volk von der politischen Unmündigkeit! Laß keine Dreinreden mehr gelten! Setze zwingende Mußvorschriften für die Zusammensetzung des mecklenburgischen Landtages und für das Wahlrecht durch!

Hamburg. Eisenbahnertod. Tödlich verunglückt ist der Vierländerstraße 24 wohnhafte Rangierer Hermann Wilkens, der auf dem Rangierbahnhof beim Unterlegen eines Hemmschuhes unter einen Wagen geriet und so schwere Verletzungen erlitt, daß er bald darauf starb. — Schwer verbrannt. Durch Spielen mit Streichhölzern setzte der zweijährige Erwin Kaulbaum, Speckstraße 44, in Abwesenheit seiner Mutter das Bett, in dem er lag, in Brand. Der Kleine erlitt schwere Brandwunden. Nach Behandlung durch Mannschaften des Zuges 8 der Feuerwehr wurde der Knabe ins Hafenkrankenhaus übergeführt. — Todessturz. Am Sonntag mittag verunglückte ein Schüler der Militärfliegerschule tödlich. Bei der Fernsicht stürzte er mit seinem Apparat in die Alster, und zwar so, daß das Flugzeug über ihm lag. Ein Herauskommen aus dem Sitzplatz war daher unmöglich. Als Mannschaften der Feuerwehr den Apparat herausholten, war der Mann bereits tot.

Kiel. Zum Raubmord an dem Zigarrenhändler Melzer in der Feldstraße wird noch mitgeteilt, daß die weiteren Ermittelungen der hiesigen Kriminalpolizei zu einer weiteren Verhaftung geführt haben. Der Bäckergeselle Pagel, der zunächst angegeben hatte, er habe die Mordtat allein ausgeführt, verwickelte sich bei dem weiteren Verhör in Widersprüche. Da er beteuerte, daß er den alten Melzer nicht gekannt habe, mußte er durch eine andere Person, die mit Melzer bekannt war, über die Gewohnheiten des Alten unterrichtet sein. Der Verdacht, an dem Morde beteiligt zu sein, lenkte sich nun auf den Bäckerlehrling Hans Sieck. Sieck wurde bald darauf festgenommen, bestritt zunächst jede Beteiligung an der Bluttat, gab jedoch zu, mit Pagel verkehrt zu haben. Bei der in der Wohnung des Sieck vorgenommenen Durchsuchung wurden zwei Zigarettenschachteln vorgefunden, die aus dem Laden des Melzer stammten. An der einen Schachtel befand sich ein Blutfleck. Pagel räumte nun ein, daß Sieck Schmiere gestanden habe, während er die Tat ausführte. Nach längerem Verhör gestand dann auch Sieck seine Beteiligung an dem Morde zu. Sieck wird im Juni d. J. 16 Jahre alt.

Theater und Musik.

Im **Stadttheater** ist jetzt die Stunde des Abschiedes für eine ganze Anzahl der besten Kräfte der Oper und des Schauspiels gekommen, die hier manche Jahre verdienstlich tätig waren. Man kann beinahe von einer Landflucht reden; selbstverständlich nur bildlich. Und die eine Frage drängt sich wohl unwillkürlich allen Freunden guter dramatischer Kunst auf: wird die im Herbst dieses Jahres beginnende Spielzeit, der hoffentlich endlich wieder die milde Sonne des Friedens leuchtet, eine weitere Erhöhung des bisherigen künstlerischen Niveaus der Vorstellungen bringen, oder wird dieses nicht einmal mehr erreicht werden? Für die Beantwortung ist die Personalzusammensetzung von entscheidender Bedeutung, darüber schwebt aber gegenwärtig noch ein geheimnisvolles Dunkel. Früher war es üblich, daß für die hiesige Bühne in Aussicht genommene Sänger oder Schauspieler hier vor ihrer Anstellung in einer oder mehreren Rollen auftraten, um ihre Befähigung nachzuweisen. Davon ist jetzt aus Gründen, die wir nicht kennen, abgesehen worden. Selbstverständlich geht es auch so, aber das frühere Verfahren ist für die Theaterleitung vertrauensförderlicher. Jedenfalls muß verlangt werden, daß für die scheidenden Künstler mindestens gleichwertiger Ersatz geschaffen wird. Herr Jahn, dem es nach Ueberwindung anfänglicher Widerstände gelungen ist, sich an unserer Bühne eine sehr angesehene Position zu erringen, sang gestern zum letzten Male den „Tannhäuser“, leidenschaftlicher, erregter als sonst, aber von dem gleichen Ernst und Fleiß getragen, die seine Leistungen stets auszeichnen. Ihm zur Seite stand, auch von Lübeck scheidend, die mit innigem Ausdruck von Frau Hügli gesungene Elisabeth. Schließlich gab es langandauernde Kundgebungen für Jahn und Frau Hügli. Jahn sprach einige Abschiedsworte: „Euch macht ihr's leicht, mir macht ihr's schwer, gebt ihr mir Armen zuviel Ehr'“ und „Auf Wiedersehen, wenn es das Schicksal will.“ P. L.

Neueste Nachrichten.

Konstantinopel, 21. April. Der amtliche Heeresbericht vom 21. April meldet: **In der Nähe der Insel Milos wurde ein feindliches Transportschiff von 12 500 Tonnen mit zwei Schornsteinen durch ein U-Boot versenkt.**

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Danksagung.
Allen denen, die meiner lieben Frau die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, meinen innigsten Dank. (415
J. Schramm nebst Angehörigen.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (413
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
[illegible]

Lustige Blätter
Durch wundervolle Bilder und packenden Text
das humoristische Leibblatt
aller Feldgrauen und Daheimgebliebenen!
Feldpost- und Probe-Abonnements
monatlich nur Mark 1,20
bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.
Verlag der Lustigen Blätter in Berlin SW. 68.

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Feldpostbriefe
5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.
Feldpostkarten
10 Stück 10 Pfennig
hält vorrätig
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Zu kaufen gesucht (414
Umstandsachen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen,
zu höchsten Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Hüxterthorallee 25.
Telephon 2450.

Hansa-Theater.
Abends 7¾ Uhr:
Nur noch bis Freitag!
Der große Varietéspielplan
dazu
Das Versprechen hin'erm Herd.
Sonnabend, 28. u. Sonntag, 29.
Mein Leopold.
Sonntag, den 29., 3 Uhr:
Die Räuber. (417

Visitenkarten
liefert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Lübeck.
General-Versammlung
am Dienstag, dem 24. April
abends 8¼ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1917.
2. Bericht vom Arbeitsnachweis vom 1. Quartal 1917.
3. Verschiedenes.
416) **Die Lokalverwaltung.**

Stadttheater. 418
Dienstag, den 24. April 1917:
Anfang 7½ Uhr:
Abschiedsvorstellung für Elisabeth v. Pander
Fidelio.
Oper von L. van Beethoven.
Mittwoch, den 25. April 1917
Anfang 7½ Uhr:
Abschiedsvorstellung für Gertrud Bornholt
Wie einst im Mai.
Operette von Kollo und Bredschneider.

Nr. 94
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 23. April 1917

Der Parteiausschuß

ist in dieser Zeit ernster Spannung am 18. d. M. zu einer bedeutungsvollen Tagung zusammengetreten. Sämtliche Bezirke des Reichs haben ihre Vertreter entsendet; der Vorstand der Reichstagsfraktion, die preußische Landeskommission, die Fraktion des Abgeordnetenhauses nahmen an den Verhandlungen teil, die nicht zuletzt der preußischen Wahlrechtsfrage und dem Weltfrieden gelten sollen. Das erste Wort gebührte selbstverständlich der Partei.

Genosse Ebert, der im Auftrage des Parteivorstandes die Sitzung eröffnete, gab einen Ueberblick über die nunmehr vollkommen geklärte Sachlage. „Die Spaltung ist Tatsache geworden, wir stehen mitten im Bruderkampf, in einem Kampfe, der mit unerhörter Heftigkeit geführt wird, der in seinen häßlichen Begleiterscheinungen die Erinnerungen an die Gegensätze zwischen Lassalleanern und Eisenachern verschwinden läßt.“ Ebert fragte, ob es so kommen mußte, und verneinte die Frage mit aller Entschiedenheit. Was trennt uns sachlich? Die Stellung zur Landesverteidigung ist der Angelpunkt. Und nun haben in Gotha die Unabhängigen nicht einmal den Mut zu einer klaren Beschlußfassung in dieser entscheidenden Frage gehabt. Wie stehen sie eigentlich zur Landesverteidigung? Stehen sie auf dem Boden Haases, der die Pflicht zur Landesverteidigung nur prinzipiell anerkennt, oder auf dem Boden des Spartakus, der sie prinzipiell verwirft, oder folgen sie Ledebour, zu dessen Stellung Käte Duncker sagte, es sei zweifelhaft, ob es „überhaupt eine Arbeitsgemeinschaft gegeben“ hätte, wenn die Russen an die Oder gekommen wären. Für die Unabhängigen, das zeigt die Gothaer Tagung, handelt es sich um den Machtkampf, um den Kampf gegen die Partei. Welche Unwahrhaftigkeit, wenn in Gotha gesagt wurde: wer sich dem Gebot des Vorstandes nicht fügen will, wird außerhalb der Partei gestellt. In Wirklichkeit hat der Vorstand die Toleranz bis zum äußersten getrieben. (Lebhafte Zustimmung. Rufe: Viel zu lange!) Die Opposition hatte innerhalb der Partei die volle Freiheit der Meinung. Die „Gleichheit“ und die „Neue Zeit“ waren bis zur Stunde die untrüglichsten Beweise dieser Duldung. Das Parteiblatt in Essen, das Eigentum der Gesamtpartei ist, und eine Reihe anderer Parteiblätter, die in starkem Maße aus den Mitteln der Gesamtpartei erhalten werden, haben den Standpunkt der Opposition entschieden vertreten, ohne daran behindert zu werden. Nur dort hat die Leitung eingegriffen, wo offen die Spaltung, die Zertrümmerung der Organisation, die Vernichtung der Lebenskraft der Partei betrieben wurde. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wären erbärmliche Wichte, wenn wir nicht alles daran gesetzt hätten, um zu erhalten, was in jahrzehntelanger opferwilliger Arbeit aufgebaut worden ist! In seiner letzten Sitzung hat der Parteiausschuß nur das Selbstverständliche beschlossen: die Schaffung von Sonderorganisationen und die Zugehörigkeit zu ihnen ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei. Daran wird festgehalten. Dem unehrlichen Doppelspiel, das ein Redner noch in Gotha empfahl, mußte ein Ende gemacht werden. Es geht nicht an, in der Partei zu bleiben und zugleich die Sonderorganisation zu fördern. Einige unserer Funktionäre glaubten, auch nach der Sonderkonferenz dieses Spiel fortsetzen zu können. Das mußte unterbunden werden. (Lebhafte Zustimmung.) Ebert entwarf dann ein übersichtliches Bild von dem Stande der Dinge in den Parteiorganisationen der einzelnen Bezirke, wobei er insbesondere die Verhältnisse in den Bezirken Groß-Berlin, Niederrhein, Frankfurt a. M., Pommern, Ostpreußen, Halle, Erfurt, Braunschweig und Sachsen behandelte. Allgemein interessieren wird die Angabe, daß die neue Berliner Parteiorganisation bereits mehr als 6000 Mitglieder zählt.

Ebert verweist dann auf die Veränderungen, die im Vorstand notwendig geworden sind. Man hat im Lande den Austritt der Frau Zietz so hinzustellen versucht, als betrachte der Vorstand die Frauenagitation als etwas Ueberflüssiges. Das ist eine Fälschung, der bewußten Absicht entsprungen, die Frauen aufzuputschen. Auch in Zukunft wird die Partei der Agitation unter den Frauen die größte Aufmerksamkeit widmen. Zu erwägen ist, ob es nicht nötig sein wird, eine andere Vertreterin der Genossinnen in den Vorstand zu berufen. Jedenfalls muß in einem größeren Kreise der Genossinnen eine Aussprache über die Fragen der Kriegswirtschaft und der Ernährung herbeigeführt werden. Der Parteivorstand hat bereits vor Wochen in diesem Sinne beschlossen. Auch die Frage des Frauenwahlrechtes in Staat und Gemeinde, die Organisation und Agitation muß eingehend auf dieser Konferenz besprochen werden, die aus den Genossinnen in den Bezirksleitungen zusammenzusetzen wäre. Die Haltung der „Gleichheit“ hat seit langem zu den ernsthaftesten Beschwerden geführt. Vielfach haben die Genossen erklärt, von dem weiteren Vertrieb abstehen zu müssen. Ihre Auflage ist von 125 000 auf 31 000 zurückgegangen — ein ungeheurer Rückschritt besonders gegenüber der gewaltigen Steigerung der Frauenerwerbsarbeit. Wir haben aus Gründen der Toleranz bisher nicht eingegriffen. Jetzt aber hat die Redaktion das Blatt ganz offen in den Dienst der Unabhängigen gestellt. Das ist ein unhaltbarer Zustand.. (Lebhafte Zustimmung.) Aehnlich liegt es mit der „Neuen Zeit“.

Die Jugendbewegung ist jetzt von besonderer Bedeutung. Seit einem Jahre haben wir die Spaltung in der Jugendorganisation. Eine Osterkonferenz in Jena, die 1916 von der Spartakusgruppe berufen war, hat sie beschlossen, eine Zentrale geschaffen und ein eignes Jugendorgan gegründet. Inzwischen ist in dieser abgespaltenen Gruppe eine neue Spaltung eingetreten. Die Bremer Jugendlichen haben eine neue Jugendorganisation gegründet und geben ein neues Blatt heraus. Diese Gruppe, die in Hamburg, Bremen und im hannoverschen Bezirk Anhänger hat, ist von keiner besonderen Bedeutung. Die Unabhängigen betrieben ihre Spaltungsversuche auch in der Jugendbewegung. In Berlin ist sie bereits vollzogen, ihre Anhänger sind aus der Zentralstelle ausgetreten. Die Berliner Bezirkskonferenz der Jugendausschüsse hat sich mit großer Mehrheit auf unseren Standpunkt gestellt. Eine Konferenz der Bezirksleitungen, um Richtlinien aus der neuen Situation heraus durchzusprechen, ist in Aussicht genommen.

So sehen wir die Propaganda der Spaltung überall an der Arbeit. Ob die Gewerkschaften auf die Dauer vor ihr bewahrt bleiben werden, erscheint mir zweifelhaft. In Gotha hat Haase im anarchosyndikalistischen Jargon heftige Angriffe gegen die Gewerkschaften gerichtet, danach ist anzunehmen, daß die Unabhängigen bei den Gewerkschaften dasselbe versuchen werden wie bei der Partei. Die Situation ist also durchaus ernst. Aber Anlaß zum Kleinmut liegt nicht im geringsten vor. Ganz im Gegenteil. Nur Klarheit müssen wir schaffen und dem Versteckspielen und der Selbsttäuschung ein Ende bereiten. Die Organisationen müssen offen Farbe bekennen. Mehr als bisher müssen sie gewissenhaft und prompt ihre Pflicht der Gesamtpartei gegenüber erfüllen. Die gewissenhafte Erfüllung aller ihrer Pflichten wird der beste Prüfstein ihrer Zugehörigkeit zu uns sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Endgültige Klarheit wird der nächste Parteitag schaffen, der so bald wie möglich einberufen werden soll. Im vorigen Jahre haben wir davon Abstand genommen, weil die Oeffentlichkeit der Verhandlungen des Parteitages nicht gewährleistet werden konnte, die wir für unerläßlich hielten. Nun haben die Unabhängigen in Gotha hinter verschlossenen Türen getagt. Der Parteitag ist jetzt eine Notwendigkeit geworden. Auch wenn er nicht öffentlich tagen kann, sind wir entschlossen, ihn abzuhalten. Er ist schon aus organisatorischen Gründen erforderlich. Vor allem aber gilt es, die Richtlinien unserer zukünftigen Arbeit festzulegen. Haase hat in Gotha höhnisch vom Zusammenbruch der Partei gesprochen. Der Wunsch war hier der Vater des Gedankens. In Wirklichkeit ist der Geist der Partei ungebrochen. Frisch und voller Zuversicht steht sie da. Haben die widerwärtigen Parteizänkereien die besten Genossen lange genug hinausgeekelt, so geht jetzt ein frischer Zug durch unsere Reihen. Freude an der Partei und Mitgliedschaft regen sich überall, Zufriedenheit und Treue in der Parteiarbeit kehren wieder ein. Gewiß muß die Spaltung zunächst zu einer Schwächung der Organisation führen. Hier gilt es, alle Kräfte einzusetzen, um die Verluste so schnell als möglich wieder auszugleichen. Eine große Aufgabe haben jetzt die Bezirksleitungen vor sich; alle ihre Kräfte müssen sie in den Dienst der Gesamtpartei stellen. (Lebhafte Zustimmung.) Darin sind wir alle einig und wir werden auch alle einig sein, wenn wir auf dieser Zusammenkunft über die nächsten Aufgaben der Partei im Einzelne sprechen werden. Auch hier wird sich zeigen: die Partei bleibt, was sie ist und was sie war, die alte sozialdemokratische Partei des kämpfenden Proletariats, die Partei des Klassenkampfes! (Zustimmung.)

Die Aussprache.

Hennig-Halle: Wir in unserem Bezirk trennen unsere politische Stellungnahme von der organisatorischen. Die Bewilligung von Kriegskrediten und Budgets fassen wir als vollständiges Verlassen der alten Klassenkampftaktik der Partei auf, und meinen, daß sich aus ihr weitere Folgen ergeben, die schließlich dazu führen können, daß der Klassenkampfcharakter der Partei eskamotiert und sie zu einer nationalsozialen Reformpartei wird. Unsere Genossen sagen: wir sind selbstverständlich alle für Landesverteidigung, aber wir haben uns früher nicht klar gemacht, was das heute bei einem solchen Weltkriege bedeutet, sondern an eine Landesverteidigung etwa im Sinne der Schweiz, wenn wir überfallen werden sollten, gedacht; wir dachten aber dabei nicht daran, uns völlig mit dem bestehenden Militarismus einverstanden zu erklären. Obwohl wir also diese Taktik der Fraktionsmehrheit verwerfen müssen, haben wir bisher immer an der Einheit der Partei festgehalten in der Hoffnung, daß der Parteitag die Rückkehr zur selbständigen Taktik herbeiführen werde. Auch jetzt, wo bereits zwei Parteien bestehen, hat unser Bezirkstag sich fast einmütig in diesem Sinne ausgesprochen. Wenn aber vielleicht von dem Parteitag die Hälfte der Parteigenossen ausgeschlossen werden würde, und wenn überhaupt die jetzige Taktik weiter geführt würde, so müßten wir erneut Stellung nehmen, und dann gäbe es allerdings kein Halten mehr in unserem Bezirk.

Reißhaus-Erfurt erklärt, daß der Vorredner bereits vieles von dem gesagt habe, was er selber ausführen wollte. Auch in der Frage der Landesverteidigung und der Stellung zum Militarismus stimme ich Hennig zu. Widersprechen muß ich Ebert darin, daß die Meinungsfreiheit in vollem Umfange gewahrt worden sei. Eine Maßregelung der „Neuen Zeit“ und der „Gleichheit“ würde einen weiteren Sturm der Entrüstung entfesseln. Nach dem Gothaer Konferenzbericht sollen aus dem Bezirk Erfurt vier Delegierte anwesend gewesen sein. Trotz aller Nachforschungen habe ich nicht feststellen können, von wo diese waren. Eine Organisation war aus dem Erfurter Bezirk in Gotha nicht vertreten. (Hört, hört!) Ueber solche Täuschungen habe ich nur ein Lächeln. Wir werden versuchen, innerhalb der bestehenden Partei die sozialdemokratischen Auffassungen von vor dem 4. August 1914 voll zur Geltung zu bringen. Nichts wäre verderblicher, als Zerrissenheit; die verletzenden Auseinandersetzungen müssen aufhören. Wir haben doch alle ein gemeinsames Ziel.

Baudert-Thüringen: Unsere Bezirkskonferenz im Februar hat mit 32 gegen 6 Stimmen den Antrag Gotha auf Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft abgelehnt. In Koburg propagiert der Kandidat des Kreises, Hoffmann-Hof i. B., die Parteispaltung und als dort das provozierende Auftreten der Arbeitsgemeinschaft gegen die Fraktion im Reichstage verurteilt wurde, erklärte er, daß man nur voller Absicht so vorgehe, damit die Massen sehen, daß nur die Arbeitsgemeinschaft grundsätzlich auf dem Boden des Parteiprogramms stehe. Danach habe ich die Provokationen der Arbeitsgemeinschaft wohl verstanden! Durch die weiteren Vorgänge habe ich das Vertrauen verloren, daß es einem großen Teile der abgesplitterten Genossen in der Hauptsache um die Grundsätze der Partei zu tun ist, (Sehr richtig!) reine Krakeel- und Oppositionssucht spielt da oft die Hauptrolle. Wenn in dem Gothaer Bericht Delegierte aus 10 Thüringer Wahlkreisen angegeben sind, so stimmt das durchaus nicht. Rudolstadt, Weimar I, Altenburg, beide Reuß, Meiningen und Koburg sowie Weimar III, haben die Beteiligung rundweg abgelehnt und nur die Vorstände der Ortsgruppe Jena sowie des Kreises Weimar II, Eisenach und Sondershausen, — dieser auf Betreiben des Dr. Rosenfeld-Berlin — haben Beteiligung beschlossen. Aus den übrigen Kreisen können nur Einzelmitglieder auf eigene Rechnung und Gefahr nach Gotha gereist sein. Es muß möglichst bald ein ordnungsgemäßer Parteitag zur vollen Klärung stattfinden.

Haberland-Niederrhein: Hennig und Reißhaus muß ich sagen, daß wir in der Frage der Landesverteidigung nicht nach dem, was vor Jahrzehnten oder Jahrhunderten gewesen ist, urteilen können, sondern nur nach dem Heute. (Sehr richtig!) In Hagen-Schwelm wollte die Opposition die Elberfelder „Freie Presse“ durch das Lüdenscheider Blatt ersetzen und dieses in „radikale“ Richtung bringen. Das hat der Kreisvorstand Altena-Iserlohn entschieden abgelehnt. Mit der Entwickelung der Parteiorganisation im Bezirk Niederrhein, den die Opposition als ihre Hauptdomäne neben Berlin hingestellt hat, können wir ganz zufrieden sein. Die aus der Partei Ausgeschiedenen können an dem Parteitag natürlich nicht teilnehmen.

König-Westl. Westfalen: In allen unseren Wahlkreisen haben sich die Vertrauensmänner fast einstimmig den Beschlüssen des Parteiausschusses angeschlossen, auch in Bochum, wo voriges Jahr die Opposition gesiegt hatte, erfolgte nach eingehender Aufklärung ein Beschluß für die Mehrheit. Die großen Arbeiterwanderungen, insbesondere vom Niederrhein, bringen auch zu uns „Oppositionelle“, aber ihre Versuche sind trotz der Mithilfe Vogtherrs gescheitert. Den Herrn Minster, früher in Duisburg, sind wir jetzt los, denn er ist, als er eingezogen werden sollte, bei Nacht und Nebel über die Grenze verschwunden. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Die von uns herausgegebene Frauenzeitung hat sich sehr bewährt, die Frauenbewegung bei uns gedeiht.

Oberle (Mittelschlesien): Bei uns hat sich nur in Sagan die Opposition bemerkbar gemacht. Eichhorn sprach dort; aber obgleich damals der Kreisvorstand zur Arbeitsgemeinschaft neigte, hat der Kreisvorsitzende jetzt auf dem Marktplatz eine Rede für die Einigkeit gehalten. Demnächst kommt Fleißner nach Löwenberg, dem vielleicht kleinsten Wahlkreise in Deutschland, wo wir selbst im Frieden höchstens 180 Mitglieder hatten. Bei uns ist die Opposition ohne Bedeutung.

Neumann (Großherzogtum Hessen): Bei uns folgen sich die Oppositionsredner unausgesetzt und die Spaltung ist perfekt; aber die Mehrzahl der von ihr Geworbenen sind Leute, die bei uns überhaupt noch nicht Mitglieder waren oder ihre Verpflichtungen nicht erfüllt haben. Auch wir halten einen Parteitag für

---

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

147. Fortsetzung.

„Ich las sie. Es gibt übrigens jetzt sehr viele Nihilisten, freilich ist dies auch begreiflich. Was haben wir für Zeiten, bitte ich Euch? Uebrigens bin ich ganz Eurer Meinung — Ihr seid doch gewiß kein Nihilist? Antwortet mir aufrichtig und unverhohlen!“

„Nein!“

„Nein. Wißt Ihr, Ihr seid mir gegenüber aufrichtig und tretet Euch nicht selbst hinter das Licht, wie man es wohl sich selbst gegenüber tut. Der Dienst ist eine ganz andere Sache, ganz anders! Ihr dachtet vielleicht, ich wollte sagen „die Freundschaft!“ Nein, das wäre nicht erraten! Nicht die Freundschaft, sondern das Gefühl des Staatsbürgers und Menschen, die Humanität und Liebe zum Allerhöchsten ist das Höchste. Ich kann eine offizielle Person sein, im Amte befindlich, aber den Bürger und Menschen bin ich stets verpflichtet in mir zu fühlen, ihm bin ich verpflichtet, Rechenschaft zu geben. Ihr sprechet von Zametow. Zametow skandaliert nur ein wenig auf französische Manier in unanständiger Umgebung mit dem Champagnerglas — das ist Zametow! Ich hingegen glühe, wenn ich so sagen darf, in der Ergebenheit für die edelsten Gefühle, und besitze außerdem Bedeutung, Rang, und fülle meine Stellung aus. Ich bin verheiratet und habe Kinder. Ich erfülle meine Pflicht als Bürger und Mensch, er hingegen, wenn Ihr fragen würdet? Ich wende mich an Euch wie an einen Menschen, der durch seine Bildung geadelt ist. Wie werden zum Beispiel die Hebammen jetzt so bedeutend gefördert.“

Raskolnikow zog die Brauen in die Höhe. Die Worte Ilja Petrowitsch, welcher offenbar sehr gut gespeist haben mochte, waren größtenteils als leerer Schall an sein Ohr gedrungen und vorbeigezogen, einiges davon hatte er aber doch vernommen. Er blickte fragend auf, ohne zu wissen, was da eigentlich noch folgen sollte.

„Ich spreche soeben von jenen Frauenzimmern,“ fuhr Ilja Petrowitsch redselig fort, „ich nannte sie Hebammen und finde, daß diese Benennung ganz zutreffend ist. Haha! Sie gehen in die Akademie, studieren Anatomie, aber wenn ich krank werde und ein solches Geschöpf rufen ließe, mich zu kurieren? Haha!“

Ilja Petrowitsch lachte, äußerst zufrieden mit seiner Idee.

„Mag der Durst nach Erkenntnis ein maßloser sein: es ist doch schon hell genug geworden, dächte ich. Weshalb da also üble Anwendungen hiervon machen? Weshalb sich mit anständigen Leuten überwerfen, so wie es der garstige Zametow getan hat? Ihr werdet fragen, weshalb dieser mich beleidigt hat? Wieviel Selbstmorde es jetzt gibt — davon könnt Ihr Euch keine Vorstellung machen! Alle Welt verlebt einfach ihr letztes Geld und tötet sich dann selbst, gleichviel ob es Mädchen, junge Männer oder Greise sind. Heute morgen erst wurde über einen unlängst hier angekommenen fremden Herrn Bericht eingesandt. Ha, Nil Pawlitsch, wie hieß doch der Herr, der Gentleman, über den wir Meldung erhielten, daß er sich erschossen hat?“

„Swidrigailow!“ ertönte es laut und kräftig aus dem Nebenzimmer.

Raskolnikow erbebte.

„Swidrigailow! Swidrigailow hat sich erschossen?“ schrie er auf.

„Was? Ihr kennt Swidrigailow?“

„Ja. Ich kenne ihn! Er ist erst vor kurzem hier angekommen.

„Allerdings. Er ist ledig und ein Mensch von liederlichem Lebenswandel; er hat sich plötzlich erschossen und zwar auf eine so skandalöse Weise, daß man es kaum zu glauben vermag. Er hat einige Worte in seinem Notizbuch hinterlassen, nach welchen er sich bei klarer Ueberlegung getötet hat und bittet, niemand als an seinem Tode schuldig zu erachten. Er soll Geld gehabt haben, wie man sagt. Wißt Ihr etwas hiervon?“

„Ich — habe ihn gekannt — meine Schwester war Erzieherin in seiner Familie —“

„Ah, ah, da könnt Ihr uns wohl über ihn Angaben machen? Habt Ihr keine Ahnung von seinem Vorhaben gehabt?“

„Ich habe ihn noch gestern gesehen. Er — trank da Wein — ich habe gar nichts geahnt.“

Raskolnikow empfand, als ob etwas sich auf ihn stürze und ihn zu erdrücken drohe.

„Ihr scheint wieder bleich zu werden. Ihr seid heute in so gedrückter Stimmung —“

„Ja, es ist Zeit auch für mich,“ murmelte Raskolnikow, „entschuldigt, ich habe Euch belästigt.“

„O bitte, sagt nur was Ihr wünscht! Ich habe mich gefreut und möchte gern erklären“ — Ilja Petrowitsch streckte ihm sogar die Hand entgegen.

„Ich wollte nur — zu Zametow„ —

„Ich verstehe, verstehe, aber ich habe mich auch gefreut„ —

„Ich — ich gleichfalls — auf Wiedersehen!“ lächelte Raskolnikow.

Er ging und schüttelte seinen Kopf, welcher sich ihm im Kreise zu drehen schien. Er empfand gar nicht mehr, ob er noch auf den Füßen stehe, und als er zur Treppe hinunterstieg, stützte er sich mit der rechten Hand an die Wand. Ein Hausmann, welcher mit einem Buch unterm Arm zur Treppe herauf ihm entgegenkam, schien ihn beim Eintreten in das Bureau gestoßen zu haben; in einer der unteren Etagen lief ein Hund bellend umher und ein Weib verfolgte diesen und schrie ihm zu. Er ging hinab und trat hinaus. Auf dem Hofe, unweit des Einganges, stand bleich, halbtot, Sonja, und stierte ihm wild entgegen. Er blieb vor ihr stehen. Ein kranker, leidender Zug lag auf ihrem Gesicht, wie Verzweiflung; sie schlug die Hände zusammen. Ein irres, selbstverlorenes Lächeln spielte um ihren Mund.

Raskolnikow blieb stehen, lächelte ihr zu und kehrte wieder um, zurück in das Bureau.

Ilja Petrowitsch hatte sich mittlerweile niedergesetzt und wühlte in Papieren. Vor ihm stand derselbe Mann, welchen Raskolnikow vorher angestoßen hatte, als er zur Treppe heraufkam.

„Ah! Ihr nochmals! Habt Ihr etwas vergessen? Was wünscht Ihr?“

Raskolnikow näherte sich ihm mit farblosen Lippen und starrem Blick leise, er trat dicht an den Tisch hin, stützte sich mit der Hand darauf und wollte sprechen, vermochte es aber nicht. Kaum einige unartikulierte Laute wurden vernehmbar.

„Euch ist unwohl, einen Stuhl! Hier setzt Euch auf diesen Stuhl, setzt Euch! Hier ist Wasser!“ Raskolnikow ließ sich nieder, aber er wandte das Auge nicht von dem Gesicht des sehr unangenehm berührten Ilja Petrowitsch. Beide schauten sich einige Minuten an und warteten; man brachte Wasser.

„Ich“ — begann Raskolnikow.

„Trinkt nur“ —

Raskolnikow wies das Wasser von sich und sprach leise mit Unterbrechungen, aber vernehmlich:

„Ich habe jene alte Beamtenwitwe und deren Schwester Lisabetha mit der Axt umgebracht und beraubt.“

Ilja Petrowitsch sperrte den Mund auf; von allen Seiten kamen die Bureauinsassen zusammengelaufen.

Raskolnikow wiederholte sein Geständnis.

Epilog.

1.

Sibirien. Am Ufer eines breiten, öden Stromes liegt eine Stadt; es ist einer der Verwaltungsmittelpunkte Rußlands. In dieser Stadt befindet sich eine Festung, und in der Festung ein Zuchthaus. In diesem ist bereits fast neun Monaten der Zuchthaussträfling der zweiten Klasse, Rodion Raskolnikow. Fast anderthalb Jahre sind seit dem Tage des Verbrechens verflossen.

Der Gang seines Prozesses war ohne große Schwierigkeiten durchgeführt worden. Der Verbrecher hielt fest, sicher und klar sein Geständnis aufrecht, ohne sich in Widersprüche zu verwickeln, ohne zu seinen Gunsten etwas zu mildern, oder Tatsachen zu entstellen, und ohne die kleinste Einzelheit zu vergessen. Er schilderte den Mord bis auf den geringsten Zug, eröffnete das Geheimnis des Pfandes — des hölzernen Brettchens mit den Metallstreifen, — welches in den Händen der Alten gefunden worden war, erzählte ausführlich, wie er der Toten die Schlüssel abgenommen, schließlich

dringend notwendig, ebenso eine Aenderung in der Redaktionsführung der „Gleichheit“, die heute ihre Aufgabe in keiner Weise erfüllt. Das trifft in gewissem Sinne auch für die „Neue Zeit“ zu. Unsere Jugendbewegung steht einmütig zur allgemeinen Jugendbewegung wie bei Kriegsbeginn. Der Hauptgrund des Anwachsens der Opposition sind die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Vorsitzender Ebert begrüßt die inzwischen im Saal erschienenen und an den Vorstandstisch geleiteten Genossen Dr. Viktor Adler, Dr. Karl Renner und Karl Seitz aus Wien, Mitglieder des österreichischen Abgeordnetenhauses, sowie den Genossen Eugen Garami aus Budapest mit herzlichen Worten: vor allem begrüßen wir den Besuch unseres verehrten Vorkämpfers Viktor Adler (Beifall), in dieser überaus schwierigen Situation ist uns sein Rat und seine Hilfe besonders wertvoll. (Erneuter Beifall.)

Hahn (Baden) spricht über die dort und besonders in Mannheim von der Opposition unternommenen Spaltungsversuche. Die badischen Wahlkreise mit einer einzigen Ausnahme sowie der Landesvorstand stehen zu den Beschlüssen des Parteiausschusses. In Gotha sollen angeblich drei Delegierte aus Baden gewesen sein; kein einziger war von einer Wahlkreiskonferenz entsendet. Als einem dieser drei vorgehalten wurde, wie er als Parteimitglied nach Gotha gehen konnte, erwiderte er, er sei nur zur Information hingegangen und habe mit den Leuten nichts zu tun! (Große Heiterkeit.)

Wels (Brandenburg): Die merkwürdigen Auffassungen, die uns Hennig aus dem Bezirk Halle vorgetragen hat, wären kaum zustande gekommen, wenn sein „Volksblatt“ nicht so für die Arbeitsgemeinschaft tätig wäre. So verfährt auch die „Erfurter Tribüne“. In diesen Blättern wird versteckt und zwischen den Zeilen überall der Abfall von der Gesamtpartei empfohlen. Die Partei darf sich nicht lediglich auf die Verteidigung beschränken; eine Verteidigung, die nicht immer die Freiheit zum Angriff bewahrt, wäre zur Niederlage verurteilt. Die Masken sind gefallen, das Gerede vom Einheitswillen hat sich als der pure Schwindel herausgestellt, als den wir es gleich erkannt haben. (Sehr wahr!) Daß wir im Bezirk Brandenburg mit seinen 18 Wahlkreisen von vornherein scharf gegen die Verleumdungen der Opposition aufgetreten sind, hat unseren Bezirk von der Opposition ziemlich freigehalten. Wenn Hennig als eine Folge der Kreditbewilligung und des Bekenntnisses zur Landesverteidigung die Bewilligung von Militärforderungen auch im Frieden ableitet, so liegt dafür von keiner maßgebenden Stelle in der Partei ein Anhalt vor. Wie wenig der Opposition an der Einheit der Partei gelegen ist, geht aus dem Gothaer Bericht hervor. Frau Zietz erklärte, daß sie in einer Versammlung stürmische Zustimmung gefunden habe für die Worte, daß man nie mehr mit Leuten wie Scheidemann und Ebert zusammengehen könne. Möge also Hennig seine Mahnungen dorthin richten. Wie könnten wir den Klassenkampf aufgeben, den wir täglich vor unseren Augen sich vollziehen sehen! Noch ehe wir von dem Gothaer Aufruf zu einer Agitationswoche für die Frauen Kenntnis haben konnten, hat der Parteivorstand bereits über die Förderung der Frauenorganisation beraten. Dafür muß alles geschehen und auch die Agitation unter den Jugendlichen muß gefördert werden.

Beims (Provinz Sachsen): In Magdeburg besteht ein Oppositionsverein mit 150 Mitgliedern, weitere Oppositionsbildung ist in unserem Bezirk nicht wahrscheinlich. Die „Gleichheit“, wie sie jetzt ist, schädigt die Partei in jeder Weise. Es ist schmerzlich, aber unausweichlich, hier zuzugreifen. Klara Zetkin hat ihren Namen in der Fraueninternationale, aber das Notwendige muß geschehen. Man kann nicht Mitglied einer Gegenpartei und Redakteur eines Zentralorgans unserer Partei zugleich sein und dieses Organ auch noch für die Gegenpartei verwenden. (Sehr richtig!) Bei uns hat die „Gleichheit“ fast alle Abonnenten verloren, unsere Frauen wollen sie gar nicht haben; diese Artikel waren schon vor dem Kriege für die Arbeiterinnen ungenießbar. Wir brauchen eine populäre Frauenzeitschrift, sonst nehmen uns die Frauenblätter der Gewerkschaften und einzelner Bezirke die Möglichkeit weg für ein Frauenblatt der Gesamtpartei. Der wissenschaftliche Gehalt der „NeuenZeit“ ist außerordentlich zurückgegangen, in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren war sie nur noch ein Organ zur Bekämpfung der Partei. Kautsky hat seinen Namen in der Internationale überlebt. Eine Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“ auf dem Parteitag erübrigt sich, er kann nur den Punkt hinter die Spaltung setzen, aber er muß die großen politischen und wirtschaftlichen Fragen besprechen.

Braun (Parteivorstand): Der Dualismus Hennigs, daß man politisch mit den Unabhängigen geht und organisatorisch mit uns, ist unmöglich, denn unsere Organisation ist nicht Selbstzweck, sondern sie hat unsere politischen Forderungen zu propagieren, für sie zu werben und sie in die Wirklichkeit umzusetzen. (Sehr richtig!) In keiner Weise hat sich die Partei für den preußischen Militarismus ausgesprochen; literarische Ausführungen einzelner Genossen beweisen nichts, denn für die Fragen unsere späteren Stellungnahme haben wir in der Partei volle Meinungsfreiheit. Aber jetzt können wir unser Land eben nur mit dem preußischen und sonstigen deutschen Militärsystem verteidigen! (Sehr richtig!) Nach meiner Ueberzeugung wird die Partei stets das jetzige Militärsystem im Frieden bekämpfen, bis das von uns geforderte System eingeführt ist. Wir wissen doch alle, wie die Stimmung der Massen durch die Presse beeinflußt wird und können danach die Ausführungen aus Halle und Erfurt richtig einschätzen. Uebrigens hat ein Redakteur des „Halleschen Volksblattes“ außerhalb der Bezirksleitung für die Beschickung der Gothaer Konferenz agitiert. (Hört, hört!) Man kann von uns doch nicht erwarten, daß wir bei einem solchen Spiel an den Einheitswillen glauben. Dazu gehört auch der kritiklose Abdruck des Aufrufs der Unabhängigen an der Spitze des „Halleschen Volksblatts“ In bezug auf die „Gleichheit“ stimme ich Beims vollkommen zu. In diesem Parteiblatt wird der Partei vorgeworfen, die Arbeiterschaft zu verraten, es wird von Sozialimperialisten usw. gesprochen. Zwar lesen unsere Frauen den verstiegenen Phrasenschwulst der Leitartikel nicht, weil sie ihn nicht verstehen, aber auch in dem übrigen Inhalt ist noch genug Gift enthalten. Ein Zentralorgan der Partei darf jedenfalls nicht ein Zentralorgan der Unabhängigen sein! (Lebhafte Zustimmung.)

Löbe (Mittelschlesien): All diese Berichte haben uns wohl überzeugt, wie recht wir hatten, mit der früheren Unklarheit ein Ende zu machen. Zur Klärung hat allerdings die andere Seite sehr wenig beigetragen. Es grenzt an Falschheit, wie die Blätter in Halle und Erfurt dem Namen nach zur Partei halten und in Wirklichkeit für die Unabhängigen eintreten. Die meisten Redner haben uns sagen müssen, daß niemand mit einem Mandat einer Organisation nach Gotha gereist ist; oft kennt man nicht einmal die Personen, so geht es uns mit den zwei Schlesiern. Wir in Breslau mußten vier Mann den Ausschlußbrief schicken — wir haben dafür in drei Monaten 300 neue Mitglieder aufgenommen; durch unser Vorgehen ist also die Werbekraft der Partei gehoben, der Glaube an ihre politische Aktionsfähigkeit wiederhergestellt worden. Für den Parteitag gilt es deshalb in erster Linie, die politischen Aufgaben der Partei zu klären.

Auer (Südbayern): In einer solchen Zeit müssen wir uns mit Parteizerreißung und Selbstzerfleischung beschäftigen; die rote Internationale kann jetzt wieder zur Bedeutung kommen. Wenn wir in Deutschland einig wären, was würde das jetzt bedeuten! Daß da solche Debatten nötig sind, ist zum Heulen! (Sehr wahr!) Wir in Bayern haben im Parteistreit allergrößte Zurückhaltung geübt, schon um den Gegnern keine Waffen zu geben. Wenn auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden gewesen wäre, dann wäre das Zusammenarbeiten auch möglich gewesen. Aber Gotha und was vorhergegangen ist, hat uns gezeigt, daß auf der einen Seite der gute Wille fehlt und so sind die Würfel gefallen. Die Bedeutung der unabhängigen Partei wird überschätzt, wir haben ja über die Delegation nach Gotha genug gehört. Von München wurde Eisner durch eine Versammlung von 11 Männlein und 11 Weiblein hingeschickt, nachdem die verlangten Kosten gesammelt waren. (Heiterkeit.) Weiter ist bei uns von Opposition nichts zu spüren. Anders ist es in Nordbayern, wo Hoffmann dafür arbeitet. Er hat aber selbst in Hof keinen Anklang gefunden; ebenso ist es in Bayreuth und Würzburg, wo Dr. Geyer von der Schule weg in die Redaktion gekommen ist. (Heiterkeit.) Ein Wahlkreis hat Beitragssperre beschlossen: Aschaffenburg, der hat aber bis jetzt noch nie Beiträge abgeführt. (Große Heiterkeit.) Mit der „Gleichheit“ geht es nicht so weiter. Konferenzen für die Frauen und die Jugend müssen abgehalten werden und auf dem Parteitag müssen vor allem die großen Fragen beraten werden.

Kunze (Pommern): Bei uns ist die Spaltung infolge der Arbeit Horns und anderer weiter vorgeschritten; man schickt das Groß-Berliner „Mitteilungsblatt“ der Unabhängigen in die Kreise, besonders auch nach Randow-Greifenhagen, um Verhetzung zu treiben. Auch bei uns wurden jedoch den „Delegierten“ nach Gotha zumeist keine ordnungsmäßigen Mandate übertragen. Das angekündigte Vorgehen gegen die „Gleichheit“ ist selbstverständlich.

Ulrich (Frankfurt) ersucht gegenüber der aufs äußerste getriebenen Spaltungsarbeit Dißmanns und seiner Anhänger die Parteiorganisation im Bezirk Frankfurt a. M. auch finanziell zu stärken.

Meerfeld-Rheinprovinz erklärt es gleichfalls für unmöglich, Zentralorgane durch Gegner redigieren zu lassen. Die „Gleichheit“ war immer nur das Organ der früheren Genossin Zetkin und weiter nichts, und die „Neue Zeit“ ist ausgezeichnet durch Lederheit und Langweiligkeit sondergleichen. Eine Aenderung wäre schon längst nötig gewesen. Die „Neue Zeit“ solle doch das reiche geistige Leben der Partei widerspiegeln. Der Parteitag sollte möglichst bald, wenn es geht, schon zu Pfingsten stattfinden. Die Partei hat jetzt die größten Aufgaben in der Kriegs- und Friedensfrage, in der Neuordnung des ganzen deutschen politischen Lebens.

Sindermann-Dresden: In Leipzig sehen wir jetzt die Folgen des Ueberbietens an radikalen Redensarten; die Arbeitsgemeinschaft wird dort von den Spartakussen ganz an die Wand gedrückt. Den Zustand in der „Gleichheit“ können wir auf die Dauer nicht mit ansehen. Wir haben das Obligatorium der „Gleichheit“ längst aufgegeben. Unser Landesvorstand und die allermeisten Wahlkreise halten fest zur Partei. Die Gothaer Delegierungen sind zumeist auf ähnliche Weise zustande gekommen wie uns hier aus anderen Teilen des Reiches berichtet wurde. Wir haben alle Kraft daran zu setzen, die Partei und auch die Gewerkschaften für die großen Aufgaben der Zukunft in alter Schlagfertigkeit zu erhalten.

Buhl-Leipzig schildert das überaus schwierige Wirken der Leipziger Parteimitglieder. Sie kommen mit ihrem kleinen Mitteilungsblatt nicht genug an die Oeffentlichkeit heran. Im Betriebe der „Leipziger Volkszeitung“ sucht der Terrorismus der Unabhängigen pflichttreue Beamte nur deshalb hinauszudrängen, weil sie der Partei treu bleiben. Die Schaffung eines Parteiblattes für Leipzig wäre sehr nötig.

Auf Antrag Leinerts-Hannover wird die Debatte geschlossen.

Ebert teilt im Schlußwort zunächst mit, daß Frau Baader aus rein organisatorischen Gründen gegenwärtig in der Parteikorrespondenz beschäftigt wird und daß sie mit dieser Tätigkeit nach ihrer wiederholten Erklärung durchaus zufrieden ist. Sie hat auch ihre Empörung über den demagogischen Mißbrauch ausgesprochen, der jetzt draußen mit ihrem Namen und ihrer Person getrieben wird. (Beifall.) In Gotha hat Frau Zietz behauptet, eine Broschüre von ihr sei verzögert worden, weil einmal drei Wochen lang keine Vorstandssitzung stattgefunden hätte. Diese Behauptung ist falsch; der Parteivorstand hält mindestens eine Sitzung in der Woche ab, aber Frau Zietz hat oft gefehlt, auch wenn sie in Berlin war. Vielleicht irrt sie; ihre Broschüre ist erschienen. Unwahr ist auch ihre weitere Behauptung, daß sie hätte auf Frau Zetkin einwirken sollen, damit die „Gleichheit“ eine andere Haltung einnehme. Zu einer solchen Einwirkung hätten wir gewiß nicht Frau Zietz ausgesucht; niemand weiß besser als wir, daß kein Mensch geringeren Einfluß auf Frau Zetkin hat als Frau Zietz. (Heiterkeit.) Wenn Haase in Spandau bei der Wahlagitation behauptet hat, die Vertreter der Fraktion im Ernährungsbeirat hätten nichts erreicht, so kann ich erwidern, daß, wenn wir nicht mit dieser Energie und Hartnäckigkeit unsere Auffassung vertreten hätten, die Dinge heute noch viel schlechter stünden. Die Arbeitsgemeinschaft hat übrigens bis heute von der ihr gegebenen Möglichkeit, gleichfalls einen Vertreter in den Ernährungsbeirat zu entsenden, keinen Gebrauch gemacht (Lebhaftes Hört, hört!), obwohl ich seiner Zeit Wurm darauf aufmerksam machte. Die Leute, die sich von der Mitarbeit fernhalten, haben wohl keinen Anlaß, über uns zu urteilen, die wir alle Kraft eingesetzt haben. Die Frauenkonferenz war von uns bereits besprochen, ehe wir von dem Gothaer Beschluß etwas wissen konnten. Natürlich müssen wir eine solche Tagung gut vorbereiten. Bisher wäre ein Parteitag nur unter Ausschluß der Oeffentlichkeit und weitgehender Zensur der Berichte möglich gewesen. Jetzt muß die Sache von neuem geprüft werden; ich glaube, daß der Parteivorstand so schnell wie möglich die Berufung eines Parteitages in die Wege leiten wird. Selbstverständlich werden die politischen Fragen in erster Reihe zu stehen haben; leider hat uns das Treiben der Opposition gehindert, es im Parteiausschuß immer so zu halten. Namens des Parteivorstandes lehne ich es entschieden ab, daß unsere Stellung zur Landesverteidigung die von Hennig bezeichneten Konsequenzen haben müßte. Wir haben einmal das Budget bewilligt, weil die Kriegskredite seinen weitaus größten Teil ausmachten, mittlerweile haben wir das Budget wieder abgelehnt, weil es zwar keine Kriegskredite, aber schlechte Steuern enthielt. Die Verantwortung für den unbeschränkten U-Boot-Krieg haben wir denen aufgebürdet, die ihn beschlossen haben; niemand in der Fraktion hat sich für den unbeschränkten U-Boot-Krieg eingesetzt, wohl aber ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft müssen wissen, daß unsere Fraktion auch während des Krieges ihre Selbständigkeit auf das peinlichste gewahrt und alle Fragen lediglich nach den Interessen der Arbeiterklasse entschieden hat. Das Schlagwort von Regierungssozialisten ist Demagogie. Auf der Reichskonferenz haben wir Haase und Ledebour aufgefordert, mit Beweisen dafür herauszukommen, sie haben es nicht getan. Von einer nationalen Politik kann keine Rede sein. Schon auf das Oppositionsblatt vom Juni 1915 erklärte der Parteivorstand, daß der Charakter der Partei selbstverständlich der gleiche bleibe. Wer das bestreitet, ist ein Tor; der Klassenkampf ist doch nicht Selbstzweck, er ist aus den Verhältnissen herausgeboren. Wer die Verhältnisse während des Krieges verfolgt, kann auch keinen Zweifel über die zukünftige Entwicklung auf diesem Gebiete haben. Scheidemann hat im vorigen Jahre im Reichstag erklärt: „Die sozialdemokratische Partei bleibt, was sie war, die alte Partei des Klassenkampfes, des klassenbewußten Proletariats.“ Wie sich die Partei und die Fraktion zu den künftigen Fragen unserer Politik stellt, muß abgewartet werden, aber darüber besteht bei uns im Parteivorstand kein Zweifel, daß auch die Politik der Partei nach dem Kriege aufgebaut sein wird auf den Grundsätzen des Erfurter Parteiprogramms. (Lebhafte Zustimmung.)

Anträge liegen nicht vor, der Punkt ist erledigt. Die Verhandlung wird abgebrochen, die restliche Zeit mit der Besprechung des Punktes „Sonstiges“ ausgefüllt. Auf eine Frage Schrecks-Oestl. Westfalen gibt Ebert Auskunft über die Einschränkung des Zentralbildungsinstituts der Partei und über die ausreichende Weiterunterstützung der Angehörigen eingezogener Angestellter dieses Instituts. Körner-Rheinpfalz regt zur Bekämpfung der Jugendverrohung eine Aktion auf Entlassung von Volksschullehrern aus dem Heeresdienst an. Meerfeld macht darauf aufmerksam, daß die Verrohung sehr wohl auch durch die Abwesenheit der Väter und der auf Arbeit gehenden Mütter verschuldet wird. Ebert erkennt der Anregung Körners Berechtigung zu, weist aber auch auf die Notwendigkeit der Reform der Jugend-Strafrechtspflege hin. Schöpflin glaubt, daß die Anregung Körners aus militärischen Gründen wenig Erfolg haben werden.

Walter-Nordbayern fragt, was mit dem von der Reichskonferenz überwiesenen Antrag auf Einsetzung einer Prüfungskommission für die Fragen der Uebergangswirtschaft geschehen sei. Molkenbuhr fordert unter Hinweis auf das von Jansson herausgegebene und von Cunow, Schippel und Hue geschriebene Buch zu reger Diskussion dieses Komplexes von Fragen in der Presse und in Versamlungen auf, damit man bis zum Parteitag zu festen Vorschlägen gelange. Ebert erklärt, daß über den von der Reichskonferenz überwiesenen Antrag in der morgigen Debatte gesprochen werden könne.

Baudert tritt für Verminderung des Erscheinens der Parteikorrespondenz von 8 auf 14 Tage mit Rücksicht auf die Teuerung aller Materialien und auf die zu beobachtende Verringerung des Materials für die Parteikorrespondenz ein. Braun erwidert, daß eine solche Verminderung bereits ins Auge gefaßt worden sei. Man mußte die Parteikorrespondenz häufiger herausgeben, als die Partei kein Zentralorgan hatte; heute ist das ja anders. Ebert sagt Erwägung im Parteivorstande zu.

Auf Anfrage Auers erklärt Ebert, daß allerdings die Erklärung der Zeitungen als kriegswichtige Betriebe im Sinne des Hilfsdienstgesetzes weder im Gesetz noch in den Ausführungsbestimmungen enthalten sei, dagegen seien entsprechende Zusagen gegeben worden. In Berlin und verschiedenen Korpsbezirken ist diese Anerkennung durchgeführt, wo nicht, sind entsprechende Anträge an die Kriegsamtstellen der stellvertretenden Generalkommandos zu stellen. Bei besonders harten Strafen, die noch vor Erlaß der jüngsten Milderung des Militärstrafgesetzbuches verhängt wurden, ist es wiederholt gelungen, Milderungen zu erreichen; man teile solche Fälle dem Parteivorstande mit. Ebenso dort, wo etwa Tageszeitungen nicht als kriegswichtige Betriebe anerkannt werden sollten.

Darauf wird die Sitzung auf Donnerstag früh vertagt.

Aus Nah und Fern.

Mord in einer hessischen Strafanstalt. Ein Mord ist in der oberhessischen Strafanstalt in Butzbach verübt worden. Der 18jährige Strafgefangene Friedrich Hans hat den Anstaltsaufseher Arnold niedergeschlagen, ihn betäubt und ihm dann den Hals durchgeschnitten. Der Mörder hat seinem Opfer nach Verübung der Tat die Uniform ausgezogen, sie angezogen und sich unbemerkt aus der Strafanstalt entfernt. Im Sprudelhotel in Bad Nauheim verübte er einen Einbruch und war seitdem flüchtig. Es gelang aber, ihn in der Nähe von Friedberg zu verhaften.

Lawinenunglück. Im Staunital (Schweiz), zwischen Aichenen und Hassen wurde eine beim Durchschneiden einer Lawine beschäftigte Arbeitergruppe von 26 Mann von einer neuen gewaltigen Lawine überrannt. Rettungsarbeiten sind im Gange. Zwei Leichen wurden bis jetzt geborgen. — Aus Bern, 22. April, wird gemeldet: Bei dem Lawinenunglück am Göschenen haben die Rettungsarbeiten wegen immer neuer Lawinen eingestellt werden müssen. Sechs Männer liegen noch unter dem Schnee; eine Leiche ist geborgen. Soeben wird ein Lawinensturz bei Gurtnellen gemeldet, durch den zwei Häuser mit ihren Bewohnern verschüttet wurden. Im Kanton Glarus hat eine Lawine vom Zwölfihorn einen halben Kilometer breit den Sernft-Fluß und die Straße verschüttet. Fünf Ställe wurden zerstört; aber das Vieh konnte gerettet werden.

Starke Schneefälle in Südbayern. In ganz Südbayern herrscht heftiger [illegible] Kälte. Im bayrischen Wald liegt der [illegible] hoch. Auch im Siegerland sind starke Schnee[illegible]

Heiteres.

Alles arbeitet. Ein Spaten ruht jedoch schon seit verdächtig langer Zeit. Ein Soldat wendet sich endlich an den Besitzer des Werkzeugs: „Du, Kamerad! Wenn du deine Hände suchen solltest, dann will ich dir's sagen, wo du sie hast: Sie stecken bei dir in der Tasche. Und wenn du nicht mehr wissen solltest, warum du sie hineinstecktest, dann will ich dir auch das verraten: Sie sind dir beim Arbeiten im Wege.“

Die gefährliche Etappe. Bei einem Rechtsanwalt, der als Spezialist in Ehescheidungssachen gilt, erscheint eine Frau und wünscht die Scheidungsklage gegen ihren Gatten. Der Mann ist Postbeamter in einem Etappenort an der Westfront. Der Jurist zuckt die Achseln: „Ihr Gatte zählt zum Feldheer, und somit kann gegen ihn während der Dauer des Krieges keine Klage eingeleitet werden. Die Frau schaut verzweifelt drein: „Der schlechte Mensch — hier schreibt er mir, als wenn's nichts wär — er schläft neben der Mairie!“

Geschäftskniff. „In dem Hackbraten ist ja gar kein Fleisch — und da verlangen Sie Fleischmarken?“ — „Freilich, das unterstützt die Illusion!“ (Jugend.)

Auf der Bahn sitzt mir ein feldgrauer Sachse gegenüber, der in der Türkei gekämpft hat und jetzt auf einen Erholungsurlaub nach Hause fährt. Begeistert erzählt er von den Schönheiten des Orients. Besonders Konstantinopel hat es ihm angetan. „Sie haben doch auch die Sophienmoschee besucht?“ frage ich. „Ach nee,“ meint treuherzig der Sachse, „ich bin se nämlich protestantisch!“ („Simplizissimus“.)

---

diese Schlüssel und beschrieb die Schatulle und alles, womit sie angefüllt gewesen war; er zählte selbst noch mehrere Gegenstände auf, welche darin gelegen hätten; auch das Rätsel der Ermordung Lisbethas löste er, und erzählte ferner, wie Koch gekommen sei und geklingelt habe, nach ihm aber ein Student, und berichtete das Gespräch dieser beiden, und wie er, der Verbrecher, dann zur Treppe hinabgeschlichen und dabei das Geschrei Mikolkas und Mitkas vernommen habe; wie er sich in dem leeren Quartier versteckt habe, dann nach Hause gegangen sei und gab schließlich den Stein in jenem Hofe auf dem W.-Prospekt hinter dem Torweg an, unter welchem die Gegenstände und der Beutel versteckt lagen. Kurz, die Sache lag klar zutage. Die Kriminalbeamten und Richter waren höchst verwundert darüber, daß er den Beutel und die Gegenstände unter dem Stein versteckt hatte, ohne sie zu seinem Nutzen zu verwenden, und mehr noch, daß er nicht nur nicht mehr sich aller einzelnen Sachen zu entsinnen vermochte, die er geraubt, sondern selbst in ihrer Zahl irrte. Besonders der Umstand, daß er nicht einmal den Beutel geöffnet, und gar nicht wußte, wieviel in diesem Geld war, erschien höchst unglaubwürdig — in dem Beutel hatten sich dreihundertsiebzehn Rubel Silber und drei Zwanziger befunden. Von dem langen Liegen unter dem Stein waren einige der obersten Papierhüllen völlig verdorben. Man vermochte lange Zeit nicht zu begreifen, warum der Angeklagte in dieser einzigen Beziehung lüge, da er doch in allem übrigen freiwillig und der Wahrheit entsprechend gestehe! Endlich gaben einige, besonders die Psychologen — die Möglichkeit zu, daß er in der Tat nicht in den Beutel geblickt haben konnte und daher nicht wußte, was sich in diesem befand, daß er ihn ohne Kenntnis seines Inhalts mit unter den Stein gelegt habe; hieraus wurde geschlossen, daß das Verbrechen nicht anders bezeichnet werden könne, als durch temporäre geistige Unzurechnungsfähigkeit hervorgerufen, sozusagen eine krankhafte Mord- und Raubsucht, ohne weitere Zwecke und Absichten eigenen Vorteils. Es war hier die Berücksichtigung jener neuen modernen Theorie des temporären Wahnsinns herbeigezogen worden, welche jetzt manche Verbrecher sich bemühen vorzuschieben. Dazu kam, daß auch der langdauernde hypochondrische Zustand Raskolnikows völlig klargestellt ward durch viele Zeugen, den Doktor Sosimow, seine früheren Studienfreunde, seine Hauswirtin und deren Magd.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.